

Freistaat Bayern

# Haushaltsplan 2013/2014

## **Einzelplan 04**

für den Geschäftsbereich  
des Bayerischen Staatsministeriums  
der Justiz und für Verbraucherschutz

# Inhalt

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2013 und 2014.....	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung .....	6
Kapitel <b>04 01</b> Ministerium.....	8
Kapitel <b>04 02</b> Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04 .....	18
Kapitel <b>04 04</b> Gerichte und Staatsanwaltschaften .....	28
Kapitel <b>04 05</b> Justizvollzugsanstalten .....	66
Kapitel <b>04 07</b> Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen .....	104
<b>Abschluss</b> .....	111
<b>Übersicht</b> Verpflichtungsermächtigungen .....	112
<b>Anlage S</b> Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04 .....	115
<b>Stellenplan</b> .....	137

# Vorwort zum Einzelplan 04

## Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **A. Aufgaben und Aufbau des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz umfasst insbesondere die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Strafrechtspflege, den Justizvollzug, die Angelegenheiten der Rechtsanwälte und das Notariatswesen. Dem Ministerium gehören derzeit rd. 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Es ist oberste Dienstbehörde für über 15.000 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtshelfer, Beamte und tarifliche Arbeitnehmer sowie für rd. 5.400 Bedienstete im Justizvollzug. Das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes und des Freistaates Bayern vor allem auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts sowie des Verfahrensrechts mit. Ferner ist es zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Im Jahr 2008 wurde der Ressortzuschnitt des bisherigen Staatsministeriums der Justiz um die Aufgaben der Verbraucherpolitik und der Förderung der Verbraucherberatung erweitert. Das dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz angegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen sämtlicher Qualifikationsebenen der Fachlaufbahn Justiz.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gehören am 1. Januar 2012:

- 3 Oberlandesgerichte,
- 3 Generalstaatsanwaltschaften,
- 22 Landgerichte,
- 22 Staatsanwaltschaften,
- 73 Amtsgerichte mit 11 Zweigstellen,
- 36 Justizvollzugsanstalten mit 6 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- die Bayerische Justizvollzugsschule in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayer. Justizschule Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

### **B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr**

Im Rahmen der Verwaltungsreform 21 wurden bis 31. Dezember 2011 einundzwanzig amtsgerichtliche Zweigstellen mit den Hauptgerichten zusammengelegt.

### **C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben**

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

## 2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	2012 Tsd. €
<b>I. Sächliche Verwaltungsausgaben</b>			
Auslagen in Rechtssachen .....	378.000,0	378.000,0	360.000,0
Versorgung der Gefangenen .....	27.885,0	27.885,0	26.435,0
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten .....	14.075,0	14.075,0	13.882,0
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben .....	148.955,3	153.080,8	141.075,0
	<b>568.915,3</b>	<b>573.040,8</b>	<b>541.392,0</b>
<b>II. Ausgaben für den Schuldendienst</b>			
Zinsen für hinterlegte Gelder .....	400,0	400,0	400,0
<b>III. Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>			
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen .....	4.800,0	4.800,0	5.300,0
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene ...	14.300,0	14.300,0	14.140,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit .....	4.350,0	4.350,0	4.300,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse .....	9.097,8	8.984,2	7.468,8
	<b>32.547,8</b>	<b>32.434,2</b>	<b>31.208,8</b>
<b>IV. Baumaßnahmen</b>			
Hochbaumaßnahmen bis einschließlich 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall .....	19.468,9	16.468,9	10.843,6
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall .....	81.000,0	81.000,0	70.500,0
	<b>100.468,9</b>	<b>97.468,9</b>	<b>81.343,6</b>
<b>V. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</b>			
Beschaffung von Fahrzeugen .....	624,3	635,1	648,7
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung) .....	25.902,2	24.360,4	20.776,0
	<b>26.526,5</b>	<b>24.995,5</b>	<b>21.424,7</b>
<b>VI. Besondere Finanzierungsausgaben</b>			
Justizstatistik .....	379,5	379,5	397,7
Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren .....	3.151,8	3.645,2	2.667,0
Sonstige Ausgaben .....	- 491,7	- 491,7	- 2.638,0
	<b>3.039,6</b>	<b>3.533,0</b>	<b>426,7</b>
<b>VII. Summe der Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	<b>203.211,1</b>	<b>162.060,0</b>	<b>176.572,0</b>

## D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

## Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2013 und 2014

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
  - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
  - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.  
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge ist in den jeweiligen Sammelkapiteln ein eigener Titel 422 45 ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:  
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.  
Dabei werden
  - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
  - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (\*\*\*) ausgedruckt,
  - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
  - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
  - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
  - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

## **Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung**

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2013/2014 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 29, 526 31 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 520 01, 823 10, 823 11 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.



## 04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	20,0	20,0	A	15,0
					B	27,1
					C	18,6
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	1,0
					C	0,0
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	0,3
					C	0,1
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,2
					C	0,2
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Mehreinnahmen in Zusammenhang mit der Durchführung der "Nacht der Medien" im Justizpalast in München erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 01 Gr. 517. Der Stiftung Opferhilfe können Räume des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste) des Ministeriums unentgeltlich zugreifen.</i>	1,0	1,0	A	0,5
					B	1,7
					C	1,7
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	---	A	---
<b>Gesamteinnahmen</b>			21,5	21,5	A	17,3
					B	29,0
					C	20,6
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	186,9	189,6	A	178,1
					B	119,4
					C	119,2
422 01-9	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	8.692,5	8.932,5	A	8.052,3
					B	8.223,7
					C	8.245,1
422 31-3	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	284,6	291,2	A	427,9
					B	270,4
					C	274,5
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	3,8
					C	5,9

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 01/421 01**

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	7,8	7,8

**Zu 04 01/422 01 (und 422 31)**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 04 01/422 41 (und 428 41)**

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

**04 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011	
1	2	3	4	5	C	Ist 2010	
						Tsd. €	6
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	2.279,7	2.318,1	A	2.157,2	
					B	2.082,7	
					C	2.045,1	
428 07-7	011	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	---	---	A	---	
					B	107,8	
					C	64,0	
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	100,0	100,0	A	52,0	
					B	8,5	
					C	35,3	
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	233,9	237,8	A	226,4	
					B	225,7	
					C	218,3	
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---	
					B	27,5	
					C	27,0	
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0	A	25,0	
					B	11,3	
					C	6,2	
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen	1.383,0	1.383,0	A	1.641,0	
					B	1.279,6	
					C	1.312,4	
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>							
511 01-1	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	470,0	470,0	A	468,8	
					B	362,8	
					C	337,5	
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	70,0	70,0	A	50,7	
					B	56,0	
					C	44,0	

## Erläuterungen

**Zu 04 01/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 01/428 11**

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 48,0 Tsd. € wegen gestiegenem Bedarf an Aushilfsarbeitnehmern.

**Zu 04 01/428 21**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 01/428 41**

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

**Zu 04 01/453 01**

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	15,0	15,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0
Zusammen	25,0	25,0

**Zu 04 01/459 01**

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Prüfervergütungen	913,0	913,0
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	80,0	80,0
3. Sachbedarf	45,0	45,0
4. Mieten für Prüfungsräume	220,0	220,0
5. Reisekosten der Prüfer	125,0	125,0
Zusammen	1.383,0	1.383,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 258,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/511 01**

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	144,9	144,9
2. Bücher und Zeitschriften	140,0	140,0
3. Kommunikation	42,0	42,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	60,6	60,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	68,5	68,5
6. Sonstiges	14,0	14,0
Zusammen	470,0	470,0

**Zu 04 01/514 01**

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	53,9	53,9
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	16,1	16,1
Zusammen	70,0	70,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	70,0	70,0
Personalausgaben	325,5	328,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	30,0	30,0
Zusammen	425,5	428,5

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	am 1.2.2012 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7	7	7	6	6
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-

2013 gegenüber 2012:

Mehr 19,3 Tsd. € infolge gestiegener Treibstoffkosten.

## 04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	3,0	3,0	A	2,8
					B	2,8
					C	2,8
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	25,0	25,0	A	40,0
					B	9,1
					C	7,0
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	---	A	1,6
					C	1,4
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,9
					C	1,9
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	90,0	90,0	A	103,0
					B	61,8
					C	69,4
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	30,0	30,0	A	19,0
					B	17,6
					C	18,8
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	50,0	50,0	A	1,5
					B	0,3
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	270,0	270,0	A	244,1
					B	227,7
					C	249,2
529 01-1	011	Zur Verfügung der Staatsministerin für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	15,0	15,0	A	11,5
					B	14,7
					C	16,5
529 03-9	011	Zur Verfügung des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	---	---	A	---
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	10,0	10,0	A	4,4
					B	8,7
					C	8,7
531 11-5	011	Fachveröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	120,0	120,0	A	69,3
					B	40,0
					C	28,1
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11. Die Mittel sind übertragbar.</i>	30,0	30,0	A	18,0
					B	13,5
					C	27,5
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	40,0	40,0	A	40,7
					B	30,6
					C	21,1
<u>547 01-9</u>	011	Internationaler Rechtskongress in München <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 150,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	6,5	6,5	A	6,5
					B	6,2
					C	6,1
685 01-1	011	Zuschuss für das Projekt "Prävention Pädophilie" <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	200,0
					B	112,5
					C	41,0

## Erläuterungen

**Zu 04 01/514 11**

Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich 123 € veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. € Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

**Zu 04 01/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 15,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/518 18**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 11,0 Tsd. €. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/519 01**

Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 48,5 Tsd. € infolge der erwarteten Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/527 01**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 25,9 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/531 11**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,7 Tsd. € aufgrund gestiegener Nachfrage nach Broschüren.

**Zu 04 01/531 21**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 12,0 Tsd. €. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 1,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

**Zu 04 01/547 01**

Im Jahr 2015 ist geplant, in München einen Internationalen Rechtskongress durchzuführen. Zum Abschluss der Verträge ist im Jahr 2013 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 150,0 Tsd. € erforderlich.

**Zu 04 01/684 01**

Beiträge

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
- Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1	0,1
- für die Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0	1,0
- zur Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	2,1	2,1
- für die Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2	0,2
- für den Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,4	0,4
- European Judicial Training Network (EJTN)	2,7	2,7
Zusammen	6,5	6,5

**Zu 04 01/685 01**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 200,0 Tsd. €. Die Ausgabemittel für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" sind künftig bei Kap. 04 04 Tit. 685 01 veranschlagt.

**04 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
685 03-9	059	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle	80,0	80,0	A B C	80,0 74,4 51,8
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	67,0	67,0	A B C	67,0 62,8 58,2
686 06-5	059	Zuschuss zu den Kosten des 69. Deutschen Juristentags 2012 in München	---	***	A	160,0
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	150,0	150,0	A B C	78,8 79,2 67,2
<b>Titelgruppen</b>						
<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	176,0	176,0	A B C	165,0 240,1 173,0
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	44,0	44,0	A B C	21,3 40,8 37,3
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	32,9	32,9	A	26,6
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	18,7	18,7	A B C	13,3 2,9 5,1
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige	44,0	49,5	A B C	106,7 176,4 35,6
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	8,5	8,5	A	6,8
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	71,5	71,5	A B C	70,0 67,3 36,5
815 99-7	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	187,0	187,0	A B C	156,0 0,3 176,7
<b>Summe der Titelgruppe</b>			582,6	588,1	A B C	565,7 527,8 464,3
<b>Gesamtausgaben</b>			15.296,7	15.593,8	A B C	14.995,3 14.070,6 13.875,6

## Erläuterungen

**Zu 04 01/685 03**

Zur Förderung der kriminologischen Forschung und zur Erarbeitung kriminologischer Erkenntnisse wurde von Bund und Ländern eine Kriminologische Zentralstelle als Verein gegründet. Ordentliche Mitglieder des Vereins sind die Bundesrepublik Deutschland und die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Zuschuss zu den im Haushalt ausgewiesenen anderweitig nicht gedeckten Kosten (Bund und Länder je zur Hälfte). Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem für den Länderfinanzausgleich geltenden Verteilungsschlüssel berechnet. Im Haushaltsbetrag sind die Kosten für den Betrieb der Länderkommission zur Verhütung von Folter enthalten.

**Zu 04 01/686 02**

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben.

**Zu 04 01/812 01**

Veranschlagt sind Ausgabemittel für:

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Gleitregalanlagen für die Registratur	23,6	-
2. Dienstzimmereinrichtungen	120,3	129,0
3. Maschinen und Geräte	6,1	21,0
Zusammen	150,0	150,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 71,2 Tsd. €. Im Zuge der Generalsanierung des Justizpalastes München sind diverse Neuausstattungen erforderlich.

**Zu 04 01/99**

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes, die Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt vier Bedienstete beschäftigt.

**Zu 04 01/511 99**

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	34,0	34,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	140,0	140,0
4. Bücher und Zeitschriften	1,0	1,0
5. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	176,0	176,0

Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Ausgaben für die Fortführung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes im Zusammenhang auch mit der Fortentwicklung des Dokumentenmanagementsystems MerLin an. Ebenso fallen die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Informationsterminal und den Zugriff auf das Verbraucherinformationssystem VIS Bayern sowie für die Wartung und Pflege der Altsysteme an.

**Zu 04 01/514 99**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 22,7 Tsd. € u.a. infolge erhöhtem Bedarf an Druckkosten.

**Zu 04 01/526 99**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 62,7 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 01/815 99**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 31,0 Tsd. € wegen Hardwarepflege der Altsysteme und erhöhtem Ausstattungsbedarf im Zusammenhang mit der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems.

## 04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	21,5	21,5	A	17,3
					B	29,0
					C	20,6
		<b>Gesamteinnahmen</b>	21,5	21,5	A	17,3
					B	29,0
					C	20,6
		Personalausgaben	13.185,6	13.477,2	A	12.759,9
					B	12.360,3
					C	12.353,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.620,6	1.626,1	A	1.487,1
					B	1.374,9
					C	1.121,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	153,5	153,5	A	513,5
					B	255,9
					C	157,1
		Sonstige Sachinvestitionen	337,0	337,0	A	234,8
					B	79,5
					C	243,8
		<b>Gesamtausgaben</b>	15.296,7	15.593,8	A	14.995,3
					B	14.070,6
					C	13.875,6
		<b>Zuschuss</b>	15.275,2	15.572,3	A	14.978,0
					B	14.041,6
					C	13.855,0



**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>Einnahmen</b>						
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
236 12-0	051	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	648,1
					C	869,9
271 01-9	051	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	---	A	---
281 01-7	051	Erstattung von Prozesskosten	1,0	1,0	A	1,0
					B	1,0
					C	1,2
<u>281 14-2</u>	018	Einnahmen aus der Abführung von Versorgungszuschlägen gem. Art. 14 Abs. 2 BayBeamtVG <i>Vgl. Vermerk bei 919 61.</i>	---	---	A	
<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>						
334 41-6	051	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnVG (Infrastrukturmaßnahmen)	***	***	A	---
					B	2.230,7
					C	4.395,0
<b>Gesamteinnahmen</b>			1.001,0	1.001,0	A	1.001,0
					B	2.900,0
					C	15.611,1
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
422 41-9	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	600,0	600,0	A	600,0
					B	2,0
					C	2,0
422 45-5	059	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	633,3	633,3	A	---
					B	44,6
					C	1.061,8
428 41-3	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	216,1	216,1	A	160,0
443 15-6	841	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. 13 03/461 01.</i>	898,8	898,8	A	898,8
					B	873,7
					C	884,4
443 16-5	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	52,0	52,0	A	52,0
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	8,0	8,0	A	8,0
					B	1,6
					C	1,6

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 02/271 01**

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

**Zu 04 02/281 01**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

**Zu 04 02/422 45**

Veranschlagt ist das Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 68 BayBesG).

**Zu 04 02/428 41**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 56,1 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/443 15**

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

**Zu 04 02/443 16**

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
459 31-7	841	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
461 01-9	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 - ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 45 - und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 - ohne der Tit. 428 12 (AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln.</i>	22.700,0	16.900,0	A	17.850,0
462 01-8	881	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
525 21-9	051	Ausgaben für Gesundheitsmanagement	20,0	20,0	A	---
526 01-2	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	56,2	56,2	A B C	56,2 46,9 50,4
526 11-0	051	Kosten für Sachverständige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	78,3	78,3	A B C	70,0 55,8 16,8
527 21-7	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	200,0	200,0	A B C	120,0 179,4 121,9
529 02-8	051	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	52,6	52,6	A B C	92,6 42,1 153,4
532 01-4	051	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	650,0	650,0	A B C	150,0 93,1 447,2
548 01-6	881	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen die sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans ohne der Ausgaben der Gruppen 526, 529 und 531, jedoch einschließlich der Titel 531 0. verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	900,0
549 01-5	881	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	---
549 27-5	881	Globale Minderausgabe aufgrund der Anpassung der Wegstreckenentschädigung an die steuerlichen Sätze <i>Die Ansätze der Gruppen 525 und 527 dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	***	***	A	-390,0

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 02/459 31**

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (BayAER-Ausland) geleistet.

**Zu 04 02/461 01**

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie für die Mehrausgaben des Neuen Dienstrechts.

**Zu 04 02/525 21**

Der Ansatz dient zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,0 Tsd. € infolge erstmaliger Dotierung.

**Zu 04 02/527 21**

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 80,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/529 02**

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- b) repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- c) Veranstaltungen mit überregionalem Charakter;
- d) repräsentative Veranstaltungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen;
- e) Zuwendungen an Opfer von Straftaten oder an Einrichtungen der Opferhilfe oder des Opferschutzes, insbesondere Zuwendungen an die Stiftung Opferhilfe Bayern.

Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 40,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/532 01**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 500,0 Tsd. € aufgrund der Neuregelung zum Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren.

**Zu 04 02/548 01**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 900,0 Tsd. €. Die globale Mehrausgabe wurde auf die einzelnen Ausgabetitel umgeschichtet.

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
671 01-5	051	Erstattungen für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizschule Pegnitz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	145,0	145,0	A	120,0
					B	120,0
					C	100,1
		<b>Baumaßnahmen</b>				
702 01-8	059	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für bautechnische Untersuchungen in Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen geleistet werden.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	160,0	160,0	A	160,0
					B	266,4
					C	294,7
		<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
972 02-0	881	Globale Minderausgabe zur teilweisen Deckung der bei Kap. 13 44 veranschlagten Ausgaben für das Strukturprogramm Nürnberg-Fürth <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6, 7 (ohne Anlage S) und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	-491,9	-491,9	A	-491,9
972 03-9	881	Globale Minderausgabe zur Finanzierung des 2. Schritts der Besoldungsanpassung 2012 <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	***	***	A	-2.354,5
981 01-0	891	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	379,5	379,5	A	397,7
					B	397,9
					C	367,5
981 11-8	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	89,6	93,0	A	45,6
					B	45,6
					C	148,0
981 12-7	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Nord dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	3.062,2	3.552,2	A	2.621,9
					B	3.264,0
					C	4.286,5
981 16-3	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	0,2	0,2	A	7,9
					B	7,9
					C	1,7
989 01-2	891	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---

## Erläuterungen

**Zu 04 02/671 01**

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz und der Sana Klinik Pegnitz GmbH aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizschule Pegnitz.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 25,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/702 01**

<b>2013</b>	Tsd. €
Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35	160,0
Kanalsanierung (1. Bauabschnitt)	

<b>2014</b>	160,0
Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35	
Kanalsanierung (2. Bauabschnitt)	

**Zu 04 02/972 02**

Die Bayerische Staatsregierung hat am 20./21. November 2009 ein auf fünf Jahre angelegtes Strukturprogramm für die Region Nürnberg-Fürth im Volumen von 115 Mio. € beschlossen. Das Programm wird in Höhe von 35 Mio. € (7 Mio. € pro Jahr) aus allgemeinen Haushaltsmitteln durch Einsparungen in den Einzelplänen 02 bis 10 und 12 bis 15 gegenfinanziert. Der Ansatz enthält die auf den Epl. 04 entfallende Einsparung.

**Zu 04 02/981 01**

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 18,2 Tsd. € aufgrund der Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/981 11**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 44,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

**Zu 04 02/981 12**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 440,3 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 490,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Rechenzentrum Nord auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 06 04 Tit. 381 60.

**Zu 04 02/981 16**

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich. Die Einnahmen sind bei Kap. 06 16 Tit. 381 16 veranschlagt.

**Zu 04 02/989 01**

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Vgl. Erläuterungen zu 13 03/989 01.

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
<b>Titelgruppen</b>						
<b>61 - 65 Versorgung und Beihilfen</b>						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>						
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>						
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-2	058	Ausgaben der Beamten und Richter für den Pensionsfonds	3.657,0	3.741,9	A	3.515,5
					B	3.321,1
					C	3.557,9
432 61-2	058	Ruhegehälter	221.369,5	229.265,6	A	207.737,7
					B	207.135,6
					C	203.180,8
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	56.099,7	58.725,6	A	54.912,3
					B	50.548,9
					C	50.850,3
434 61-0	058	Ausgaben der Versorgungsempfänger für den Pensionsfonds	1.573,2	1.632,9	A	1.489,2
					B	1.675,2
					C	6.082,5
438 61-6	058	Übergangsversorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	20,0	20,0	A	50,0
					C	-15,0
441 61-1	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	38.484,6	39.831,4	A	37.851,8
					B	35.925,6
					C	34.139,2
441 62-0	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	2.314,7	2.395,7	A	2.058,4
					B	2.160,8
					C	1.861,4
441 63-9	058	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	---	A	---
441 64-8	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	67,1	69,5	A	59,5
					B	62,7
					C	59,7
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	56.251,9	58.220,6	A	52.995,6
					B	52.511,5
					C	50.694,8
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	---	A	19,5
					B	-3,1
					C	-7,7
919 61-4	851	Zuführungen an den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 2 BayVersRückIG <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 14.</i>	---	---	A	---
					B	20,2
					C	3.384,6
<b>Summe der Titelgruppe</b>			<b>379.837,7</b>	<b>393.903,2</b>	A	<b>360.689,5</b>
					B	<b>353.358,5</b>
					C	<b>353.788,4</b>
<b>66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)</b>						
<i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
428 66-3	059	Zeitlich befristet Beschäftigte und Aushilfskräfte	---	---	A	---

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 02/424 61**

Veranschlagt sind die Ausgaben der Beamten und Richter für den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRückIG.

**Zu 04 02/434 61**

Veranschlagt sind die Ausgaben der Versorgungsempfänger für den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRückIG.

**Zu 04 02/438 61**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 30,0 Tsd. € infolge Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 02/919 61**

Der Titel dient der Weiterleitung von Versorgungszuschlägen gem. Art. 6 Abs. 2 BayVersRückIG die von Stellen außerhalb der Staatsverwaltung gem. Art. 14 Abs. 2 BayBeamtVG geleistet werden.

**Zu 04 02/66**

Im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften waren Aufwendungen für Schulungen, Beratungsleistungen, den Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software und für Lizenzen notwendig. Die Kosten- und Leistungsrechnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften wird im Epl. 04 nicht weiter fortgeführt.

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
525 66-5	059	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
547 66-9	059	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	---	---	A	---
<b>Summe der Titelgruppe</b>			-	-	A	-
<b>71 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) mit Schwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZuInvG)</b>					B	-
<b>Summe der Titelgruppe</b>					C	-
701 71-4	059	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	***	***	A	---
					B	2.117,3
					C	5.054,7
811 71-1	051	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der bayerischen Justizvollzugsanstalten	***	***	A	---
					C	240,8
812 71-0	051	Aufbau einer audiovisuellen Informationsplattform für die bayerische Justiz	***	***	A	---
					B	22,8
					C	269,8
815 71-7	051	Modernisierung der IT-Infrastruktur der Gerichte und Staatsanwaltschaften	***	***	A	---
					B	846,2
					C	294,7
<b>Summe der Titelgruppe</b>			-	-	A	-
<b>Summe der Titelgruppe</b>					B	2.986,4
<b>Summe der Titelgruppe</b>					C	5.860,0
<b>Gesamtausgaben</b>			409.347,6	418.106,5	A	381.763,8
<b>Gesamtausgaben</b>					B	361.785,7
<b>Gesamtausgaben</b>					C	367.586,6

**04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.001,0	1.001,0	A	1.001,0
					B	669,4
					C	871,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	-
					B	2.230,7
					C	14.740,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	1.001,0	1.001,0	A	1.001,0
					B	2.900,0
					C	15.611,1
		Personalausgaben	404.945,9	413.211,4	A	380.258,3
					B	354.260,1
					C	352.353,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.057,1	1.057,1	A	998,8
					B	417,3
					C	789,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	145,0	145,0	A	120,0
					B	120,0
					C	100,1
		Baumaßnahmen	160,0	160,0	A	160,0
					B	2.383,8
					C	5.349,5
		Sonstige Sachinvestitionen	-	-	A	-
					B	869,0
					C	805,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	3.039,6	3.533,0	A	226,7
					B	3.735,6
					C	8.188,3
		<b>Gesamtausgaben</b>	409.347,6	418.106,5	A	381.763,8
					B	361.785,7
					C	367.586,6
		<b>Zuschuss</b>	408.346,6	417.105,5	A	380.762,8
					B	358.885,7
					C	351.975,6

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
111 01-9	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	620.000,0	629.800,0	A	577.000,0
					B	597.862,4
					C	558.328,3
111 02-8	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	15.200,0	15.200,0	A	11.300,0
					B	14.739,2
					C	13.789,5
111 03-7	051	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	41.000,0	41.000,0	A	39.000,0
					B	40.954,8
					C	39.039,8
112 01-8	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	176.000,0	185.800,0	A	177.000,0
					B	130.274,0
					C	122.955,3
119 11-9	051	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	20,0	20,0	A	20,0
					B	5,2
					C	226,5
119 12-8	051	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	20,0	20,0	A	20,0
					B	79,7
					C	26,2
119 21-7	051	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	5.000,0	5.000,0	A	5.000,0
					B	50.121,6
					C	3.526,4
119 49-5	051	Vermischte Einnahmen	550,0	550,0	A	700,0
					B	528,8
					C	1.845,2
124 01-4	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	530,0	530,0	A	500,0
					B	524,1
					C	493,2

---

**Erläuterungen**


---

**Vorbemerkung zu Kapitel 04 04**

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsrechts, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben der Landgerichtsärzte (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 12 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern - GerOrgG - (BayRS 300-2-2-J) festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof - VfGHG - (BayRS 1103-1-S) bezeichneten Angelegenheiten.

**Zu 04 04/111 01**

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung. Die Neuordnung der Handelsregistergebühren und die daraus resultierenden möglichen Rückerstattungsansprüche wurden berücksichtigt.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 43.000,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:  
Mehr 9.800,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/111 02**

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 3.900,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/111 03**

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher auch i.V.m. § 11 Abs. 2 Justizbeitreibungsordnung einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden seit dem 2. Nachtragshaushalt 2002 hier veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 2.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/112 01**

2013 gegenüber 2012:  
Weniger 1.000,0 Tsd. € unter Berücksichtigung der bekannten Veränderungen bei der Einnahmeentwicklung.

2014 gegenüber 2013:  
Mehr 9.800,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/119 21**

Die früher bei 04 04/119 49 mitveranschlagten Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten werden seit dem Nachtragshaushalt 2000 hier veranschlagt.

**Zu 04 04/119 49**

2013 gegenüber 2012:  
Weniger 150,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**Zu 04 04/124 01****Haushaltsvermerk:**

Beim Ansatz wurde berücksichtigt, dass als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO der Stadt Nürnberg Räumlichkeiten im Ostflügel des Justizgebäudes Nürnberg, Fürther Straße 110 bis 112, für den Betrieb des "Memoriums Nürnberger Prozesse" verbilligt zur Nutzung überlassen werden können.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 30,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	---	---	A	---
232 01-3	051	Sonstige Erstattungen von Ländern	10,0	10,0	A	10,0
					B	56,7
					C	42,7
232 02-2	051	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	---	A	---
					B	1.484,1
					C	2.854,1
235 01-0	051	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	26,8
					C	23,9
235 02-9	051	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellen <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	13,2
					C	13,5
235 12-7	051	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk bei 428 12.</i>	---	---	A	---
261 01-7	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	30,0	30,0	A	30,0
					B	30,0
					C	26,6
271 01-5	051	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	---	---	A	---
					B	36,2
					C	43,4
281 01-3	051	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
					B	0,5
					C	8,2
<b>Gesamteinnahmen</b>			858.360,0	877.960,0	A	810.580,0
					B	836.737,5
					C	743.242,8
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
412 01-5	051	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	3.200,0	3.200,0	A	3.200,0
					B	3.042,8
					C	3.006,3
422 01-3	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	427.198,8	443.791,1	A	410.572,2
					B	401.730,0
					C	399.728,6
422 21-9	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	4.858,1	4.970,9	A	2.919,6
					B	4.615,7
					C	3.639,6
422 26-4	051	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare	38.300,0	38.300,0	A	38.800,0
					B	34.723,9
					C	34.357,0
422 31-7	051	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.084,8	1.110,0	A	1.331,1
					B	1.030,7
					C	1.325,3

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 04/231 01**

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

**Zu 04 04/235 01**

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

**Zu 04 04/235 02**

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

**Zu 04 04/261 01**

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 StVollzG zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

**Zu 04 04/412 01**

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs (BayRS 1103-2-S) in der jeweils geltenden Fassung,
  - b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl I S. 565) in der jeweils geltenden Fassung,
  - c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl I S. 718) in der jeweils geltenden Fassung.
- Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).  
Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

**Zu 04 04/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 04 04/422 21**

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

**Zu 04 04/422 26**

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen in den Jahren 2013 und 2014 unter Berücksichtigung der seit 01.01.2000 geltenden geringeren Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
422 41-5	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	95,0
					C	113,0
427 01-8	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Titel kann im Rahmen des Pilotprojektes "Zustellung durch Justizbedienstete" mit Mitteln aus Kap. 04 04 Tit. 511 02 (Entgelte für Postdienstleistungen) verstärkt werden.</i>	389,0	389,0	A	389,0
					B	280,1
					C	278,1
427 41-0	051	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	---	A	---
428 01-7	051	Entgelte der Arbeitnehmer	129.365,5	133.328,8	A	124.658,3
					B	119.076,1
					C	116.129,3
428 07-1	051	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	---	---	A	---
					B	4.618,2
					C	4.610,9
428 11-5	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	4.040,1	3.690,1	A	3.364,9
					B	3.149,0
					C	2.947,6
428 12-4	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-3	051	Entgelte der Arbeitnehmer	5.288,4	5.378,1	A	4.959,3
					B	5.103,9
					C	4.761,1
428 41-9	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	44,1
					C	73,7
453 01-5	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	800,0	800,0	A	850,0
					B	667,8
					C	651,5
459 21-5	051	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03.</i>	37.400,0	37.400,0	A	36.000,0
					B	36.232,7
					C	33.802,2

## Erläuterungen

**Zu 04 04/422 41 (und 428 41)**

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

**Zu 04 04/427 01**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Entgelte für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	93,5	93,5
- Sonstige (z.B. für nebenamtlichen Unterricht, Aushilfstätigkeiten)	295,5	295,5
Zusammen	389,0	389,0

**Zu 04 04/428 01 (428 11 und 428 15)**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 04/428 11**

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln können im Jahr 2013 85 Arbeitnehmer und im Jahr 2014 77 Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen nach § 30 TVL beschäftigt werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 675,2 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 350,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung von neu geschaffenen Planstellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

**Zu 04 04/428 12**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 04/428 21 (und 428 05)**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 04/453 01**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	505,0	505,0
2. Umzugskostenvergütungen	345,0	345,0
Zusammen	850,0	850,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/459 21**

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst vom 8. Juli 1976 (BGBl I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung; die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v.H., für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v.H. der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) vom 29. November 2007 (GVBl S. 827) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlenden Entschädigungen; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.  
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 11 Nrn. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung vom 7. März 1980 (JMBl S. 43) in der jeweils geltenden Fassung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 713 des Kostenverzeichnisses zum GvKostG.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz vom 16. Juli 1997 (JMBl S. 118) in der jeweils geltenden Fassung zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatz barer Auslagen (Nr. 5.3 und 5.4.2 a.a.O.).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.400,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
511 01-5	051	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	13.615,4	13.345,4	A	12.967,0
					B	12.049,2
					C	11.948,5
511 02-4	051	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Vgl. Vermerk bei 427 01.</i>	19.500,0	19.500,0	A	19.250,0
					B	18.209,4
					C	17.544,6
514 01-2	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	289,1	289,1	A	248,6
					B	219,4
					C	215,1
514 02-1	051	Beschaffung von Munition	10,0	10,0	A	8,1
					B	10,3
					C	10,2
514 11-0	051	Dienst- und Schutzkleidung	355,4	355,4	A	355,4
					B	279,0
					C	294,0

## Erläuterungen

<b>Zu 04 04/511 01</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	6.041,8	5.771,8
2.	Bücher und Zeitschriften	2.865,0	2.865,0
3.	Kommunikation	2.045,5	2.045,5
4.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.528,0	2.528,0
5.	Sonstiges	135,1	135,1
Zusammen		13.615,4	13.345,4

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 648,4 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

2014 gegenüber 2013:  
Weniger 270,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung von neu geschaffenen Planstellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

**Zu 04 04/511 02**  
Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 250,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

<b>Zu 04 04/514 01</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	185,3	185,3
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	103,8	103,8
Zusammen		289,1	289,1

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	289,1	289,1
Personalausgaben	72,0	73,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	45,6	56,4
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	113,0	113,0
Zusammen	519,7	532,0

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	<b>Soll 2013</b>	<b>Soll 2014</b>	<b>Soll 2012</b>	<b>am 1.2.2012 gesamt</b>	<b>davon geleast/ gemietet</b>
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	97	97	77	77	74
Lastkraftwagen, Transporter	6	6	6	6	-
Sonstige (Krafräder und Sonderfahrzeuge)	1	1	-	-	-

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 40,5 Tsd. € wegen Beschaffung von 20 weiteren Leasingfahrzeugen und gestiegenen Kraftstoffpreisen.

<b>Zu 04 04/514 11</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Erstausstattungen und Dienstkleidungszuschüsse	337,3	337,3
2.	Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0	15,0
3.	Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes	3,1	3,1
Zusammen		355,4	355,4

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
517 01-9	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 42.000,0</i>  <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2014 in Höhe von 42.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2015 bis 2017 jährlich Tsd. € 14.000,0</i>	20.516,6	25.516,6	A	12.723,8
					B	10.469,6
					C	10.059,3
517 05-5	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	9.414,3	9.414,3	A	9.675,8
					B	8.903,8
					C	8.536,9
517 31-3	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	218,8	218,8	A	181,2
					B	198,9
					C	213,5
517 35-9	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	450,9	450,9	A	419,8
					B	409,9
					C	391,7
518 01-8	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	5.500,0	5.500,0	A	5.500,0
					B	5.025,0
					C	5.117,7
518 11-6	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	700,0	700,0	A	700,0
					B	747,0
					C	787,8
518 18-9	051	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	113,0	113,0	A	113,0
					B	132,4
					C	124,4
518 31-2	051	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-7	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9.848,2	9.598,2	A	9.354,5
					B	9.633,6
					C	10.632,2

## Erläuterungen

**Zu 04 04/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Ist-Ausgaben 2011	10.469,6	10.469,6
Erhöhter Bedarf auf Grund steigender Energiekosten	1.047,0	1.047,0
Ausgabemittel zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (Beauftragung privater Wachunternehmen)	9.000,0	14.000,0
Zusammen	20.516,6	25.516,6

2013 gegenüber 2012:

Mehr 7.792,8 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 5.000,0 Tsd. € u.a. zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden.

**Zu 04 04/517 05**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	6.114,3	6.114,3
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	3.300,0	3.300,0
Zusammen	9.414,3	9.414,3

2013 gegenüber 2012:

Weniger 261,5 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/517 31**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 37,6 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/517 35**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 31,1 Tsd. € infolge Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/519 01**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	9.448,2	9.198,2
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	400,0	400,0
Zusammen	9.848,2	9.598,2

2013 gegenüber 2012:

Mehr 493,7 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 250,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung von neu geschaffenen Planstellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
525 01-9	051	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.682,9	2.532,9	A	2.450,0
					B	1.643,5
					C	2.111,6
525 02-8	051	Aus- und Fortbildung von Betreuern	102,3	102,3	A	102,3
					B	84,7
526 21-4	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 29 und 526 31 bis 526 33:</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>	52.500,0	52.500,0	A	55.000,0
					B	51.088,7
					C	52.438,7
526 22-3	051	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	26.000,0	26.000,0	A	22.000,0
					B	24.995,4
					C	23.701,9
526 23-2	051	Entschädigungen für Zeugen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	17.000,0	17.000,0	A	14.000,0
					B	16.346,4
					C	15.539,9
526 24-1	051	Vergütungen für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	142.000,0	142.000,0	A	137.300,0
					B	138.217,4
					C	138.399,2
526 25-0	051	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	600,0	600,0	A	400,0
					B	569,0
					C	550,2

## Erläuterungen

<b>Zu 04 04/525 01</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richter- akademie in Trier und Wustrau)	790,0	620,0
2. Fortbildung der Rechtspfleger	180,0	170,0
3. Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	87,1	87,1
4. Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justiz- wachtmeisterdienstes und der Justizangestellten	360,0	340,0
5. Ausbildung der Referendare und Anwärter	495,4	445,4
6. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektro- nischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	550,4	650,4
7. Qualifizierungsoffensive	220,0	220,0
8. Sonstiges (vgl. Haushaltsvermerk)	-	-
Zusammen	2.682,9	2.532,9

2013 gegenüber 2012:

Mehr 232,9 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 150,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung von neu geschaffenen Planstellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

#### Zu 04 04/525 02

Ersatz von Aufwendungen für Aus- und Fortbildung von Betreuern. Die erforderlichen Ausgabemittel waren bis einschließlich des Haushaltsjahres 2004 bei Titel 681 03 veranschlagt.

#### Zu 04 04/526 21 bis 526 27

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge 2011 bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

#### Zu 04 04/526 21 (und 526 22)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils geltenden Fassung.

##### Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 2.500,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

##### Titel 526 22:

2013 gegenüber 2012:

Mehr 4.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

#### Zu 04 04/526 23 (und 526 24)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) in der jeweils geltenden Fassung. Mitveranschlagt sind bei Titel 526 24 Dolmetscher- und Übersetzerkosten.

##### Titel 526 23:

2013 gegenüber 2012:

Mehr 3.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

##### Titel 526 24:

2013 gegenüber 2012:

Mehr 4.700,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

#### Zu 04 04/526 25

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind § 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4 JGG, Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
526 26-9	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	4.900,0	4.900,0	A	6.500,0
					B	4.742,0
					C	5.115,7
526 27-8	051	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	9.600,0	9.600,0	A	11.500,0
					B	9.361,1
					C	10.661,0
526 28-7	051	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	111.000,0	111.000,0	A	99.000,0
					B	99.276,6
					C	92.383,8
526 29-6	051	Besondere Ausgaben der Führungsaufsicht im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	700,0	700,0	A	500,0
					B	52,9
526 31-2	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	100,0	100,0	A	200,0
					B	123,7
					C	169,8
526 32-1	051	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	12.300,0	12.300,0	A	12.100,0
					B	12.262,9
					C	12.392,1
526 33-0	051	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.300,0	1.300,0	A	1.500,0
					B	1.326,3
					C	1.285,4
527 01-7	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.400,0	2.400,0	A	2.300,0
					B	1.922,0
					C	2.146,9
529 03-3	051	Zur Verfügung der Präsidenten der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,4	2,4	A	2,4
					B	2,4
					C	2,6
529 04-2	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	1,8	1,8	A	1,8
					B	1,8
					C	2,0

## Erläuterungen

**Zu 04 04/526 26**

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und §§ 136 ff. Kostenordnung. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KVGrKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 1.600,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/526 27**

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl I S. 689) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 1.900,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/526 28**

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1835, 1835a, 1836a, 1908i BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel waren bis einschließlich 2004 bei Tit. 681 02 veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 12.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/526 29**

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei haben die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff genommen. Bayern hat sich an diesem Projekt beteiligt, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar war als ein bayerischer Alleingang.

Die Finanzierung erfolgt über den neuen Ausgabetitel, bzw. über den Deckungsvermerk auch aus Tit. 632 01, soweit die Realisierung gemeinsam mit anderen Ländern erfolgt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/526 31 bis 526 33**

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung in der jeweils geltenden Fassung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 31:

2013 gegenüber 2012:

Weniger 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 32:

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 33:

2013 gegenüber 2012:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/527 01**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/529 03**

Verfüungsmittel für die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

**Zu 04 04/529 04**

Verfüungsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
532 11-8	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	200,0	200,0	A	250,0
					B	111,8
					C	103,2
533 01-9	051	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	10,0	10,0	A	10,0
					B	4,9
					C	7,2
533 02-8	051	Besondere Kosten der Bewährungsaufsicht, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	730,7	680,7	A	580,7
					B	428,6
					C	454,8
533 03-7	051	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	85,0	85,0	A	60,0
					B	47,0
					C	59,3
545 01-5	051	Technische Sicherung von Wohnungen	100,0	100,0	A	177,8
					B	8,8
					C	22,6
546 49-8	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	235,0	235,0	A	235,0
					B	568,3
					C	243,1
547 01-3	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die korrespondierenden Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 271 01.</i>	---	---	A	---
					C	42,0
<b>Ausgaben für den Schuldendienst</b>						
575 01-8	831	Zinsen für hinterlegte Gelder	400,0	400,0	A	400,0
					B	358,3
					C	364,8

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 04/532 11**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/533 02**

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in §§ 68 ff. StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 22,5 Tsd. € zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Veranschlagt sind:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- Kosten der ehrenamtlichen Bewährungshilfe
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 150,0 Tsd. €, mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln soll die ehrenamtliche Tätigkeit in der bayerischen Justiz ausgeweitet werden.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 50,0 Tsd. €, Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/533 03**

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Aschaffenburg, Ingolstadt, Augsburg, Ansbach, Landshut und Memmingen in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schülergremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schülergremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Das Modell soll auf weitere Standorte ausgedehnt werden. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 25,0 Tsd. € infolge Ausweitung des Projektes.

**Zu 04 04/545 01**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 77,8 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 10,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besucherguppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

**Zu 04 04/575 01**

Rechtsgrundlage ist die Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 in der jeweils geltenden Fassung.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
632 01-9	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.495,0	1.495,0	A	895,0
					B	955,2
					C	820,8
671 02-0	051	Erstattung von Ausgaben der Bundesnotarkammer <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	46,0	46,0	A	40,0
						230,0
681 01-9	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	4.800,0	4.800,0	A	5.300,0
					B	4.630,0
					C	4.846,8
684 01-6	051	Unterstützung von Initiativen nach § 46a Nr. 2 StGB	---	---	A	---
					B	9,6
					C	110,4
<u>685 01-5</u>	059	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" <i>Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	210,0	210,0	A	
						630,0

## Erläuterungen

**Zu 04 04/632 01**

- a) Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- b) Die Kosten der Deutschen Richterakademie -Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- c) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- d) Für die Pflege und Weiterentwicklung des EDV-Mahnverfahrens durch die Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg sind die anteiligen Kosten zu erstatten. Des Weiteren bestehen für Pflege und Weiterentwicklung der Online-Antragsverfahren Online-Mahntrag und ProfiMahn Verpflichtungen gegenüber dem Land Bremen. Im Betrag sind auch die an das Land Berlin zu erstattenden Kostenanteile für die Entwicklung einer Automatisierungslösung und deren Betrieb im Rahmen des Europäischen Mahnverfahrens enthalten.
- e) Das Länderportal für Internetveröffentlichungen wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Veranschlagt ist der jährliche Anteil des Landes Bayern am InsO-Veröffentlichungs-Portal, am Registerportal und am Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP.
- f) Kosten für die Nutzung der vom Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Justiz-Auktionsplattform.
- g) Elektronische Akte
- h) Länderübergreifendes Vollstreckungsportal
- i) Elektronische Aufenthaltsüberwachung

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
zu a)	170,0	170,0
zu b)	171,0	164,0
zu c)	111,0	111,0
zu d)	300,0	300,0
zu e)	311,0	363,0
zu f)	13,0	14,0
zu g)	93,0	93,0
zu h)	230,0	230,0
zu i)	96,0	50,0
Zusammen	1.495,0	1.495,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 600,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/671 02**

Mit den Ausgabemitteln werden anteilig die Kosten der Übernahme von sog. weißen Karteikarten samt Verwahrnachrichten in das Zentrale Testamentsregister der Bundesnotarkammer finanziert.

**Zu 04 04/681 01**

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl I S. 157) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) §§ 467, 467 a ff. StPO.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/685 01**

Mit den veranschlagten Mitteln wird das Projekte "Kein-Täter-werden-Bayern" finanziert. Die Ausgabemittel waren bisher bei Kap. 04 01 Tit. 686 01 veranschlagt.

## 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.255,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.524,2</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 2.255,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 1.355,0</i> <i>2015 Tsd. € 900,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2014 in Höhe von 3.524,2 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2015 Tsd. € 1.762,1</i> <i>2016 Tsd. € 1.762,1</i>	1.847,7	2.047,7	A	1.447,7
					B	1.054,2
					C	644,5

## Erläuterungen

**Zu 04 04/686 03**

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht müssen faktisch ambulante Nachsorgeeinrichtungen für entlassene Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut und betrieben werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg finanziell gefördert. Zusätzlich sollen über jeweils 3 Jahre von zwei Fachambulanzen besonders gefährliche Gewaltstraftäter therapeutisch mitversorgt werden. Die therapeutische Mitversorgung besonders gefährlicher Straftäter ist innerhalb von drei Jahren nach Beginn der ersten Projektförderung unter fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu evaluieren. Die ambulanten Nachsorgestellen sollen spätestens nach 10 Jahren evaluiert werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 400,0 Tsd. € wegen Aufstockung des Personals der Fachambulanzen, Kostensteigerungen und Mitversorgung von besonders gefährlichen Gewaltstraftätern.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 200,0 Tsd. € u.a. zur Mitversorgung von besonders gefährlichen Gewaltstraftätern.

**Psychotherapeutische Fachambulanzen:**

Die psychotherapeutischen Fachambulanzen für Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg sowie für besonders gefährliche Straftäter werden durch die jeweiligen kirchlichen Träger aus sozialen und christlichen Motiven betrieben. Die Fachambulanzen erzielen hierbei keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, spezialisierte ambulante Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter/Gewaltstraftäter extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens der kirchlichen Träger verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

**Psychotherapeutische Fachambulanz des Evangelischen Hilfswerks München, Magdalenenstraße 7, 80638 München****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Istergebnis 2011 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>				
1. Personalausgaben	507,2	518,8	433,9	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	141,1	144,3	126,7	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	648,3	663,1	560,6	
<b>Einnahmen</b>				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	648,3	663,1	560,6	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	648,3	663,1	560,6	

**Personalsoll: 6,5 Arbeitnehmer**

## Erläuterungen

**Psychotherapeutische Fachambulanz der Stadtmission Nürnberg e.V., Pirckheimerstraße 16a, 90408 Nürnberg****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Istergebnis 2011 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>				
1. Personalausgaben	509,6	521,0	402,9	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	127,1	123,0	84,1	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	636,7	644,0	487,0	
<b>Einnahmen</b>				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	636,7	644,0	487,0	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	636,7	644,0	487,0	

**Personalsoll: 6 Arbeitnehmer****Psychotherapeutische Fachambulanz des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V., Franziskanergasse 3, 97070 Würzburg****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Istergebnis 2011 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>				
1. Personalausgaben	-	349,0	-	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	-	106,0	-	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	-	455,0	-	
<b>Einnahmen</b>				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	-	455,0	-	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	-	455,0	-	

**Personalsoll: 4,5 Arbeitnehmer**



**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A Soll 2012 B Ist 2011 C Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		<b>Baumaßnahmen</b>			
701 01-5	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i> 8.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i> 8.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	10.383,6	8.383,6	A 3.383,6 B 2.464,5 C 3.724,4

## Erläuterungen

## Zu 04 04/701 01

2013

	Tsd. €
1. Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen Umsetzung des Sicherheitskonzepts	690,0
2. Amtsgericht Fürstenfeldbruck, Stadelberger Straße 5 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	500,0
3. Landgericht Augsburg Umsetzung der Sicherheitskonzepte am Justizstandort Augsburg	798,0
4. Amtsgericht Sonthofen Umsetzung des Sicherheitskonzepts	260,0
5. Amtsgericht Kaufbeuren Umsetzung des Sicherheitskonzepts	300,0
6. Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung östlicher Südflügel	765,0
7. Amtsgericht Miesbach Brandschutzmaßnahmen	125,0
8. Landgericht Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1 Sanierung Nord- und Westfassade mit Wärmeschutz (1. Bauabschnitt)	443,8
9. Amtsgericht Amberg, Paulanerplatz 4 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	170,0
10. Landgericht und Amtsgericht Ansbach Umsetzung des Sicherheitskonzepts (1. Bauabschnitt)	630,0
11. Amtsgericht Erlangen Umsetzung des Sicherheitskonzepts (1. Bauabschnitt)	180,0
12. Landgericht Regensburg, Augustenstraße 3 Umsetzung des Sicherheitskonzepts (1. Bauabschnitt)	300,0
13. Amtsgericht Kelheim Umsetzung des Sicherheitskonzepts	180,0
14. Amtsgericht Weißenburg Umsetzung des Sicherheitskonzepts (1. Bauabschnitt)	190,0
15. Amtsgericht Tirschenreuth Umsetzung des Sicherheitskonzepts	160,0
16. Landgericht Regensburg, Kumpfmühler Straße 4a Anbindung an die Wärmeversorgung der JVA (1. Bauabschnitt, der 2. Bauabschnitt erfolgt voraussichtlich 2015 mit 220 Tsd. €)	70,0
17. Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35 Fenstersanierung Nordseite und Flursanierung (1. Bauabschnitt)	375,1
18. Amtsgericht Amberg, Paulanerplatz 4 Fenstersanierung (2. Bauabschnitt)	200,0
19. Amtsgericht Erlangen, Photovoltaik-Anlage und Flachdachsanierung	220,0
20. Zentraljustizgebäude Weiden Erneuerung der Fenster (1. Bauabschnitt)	150,0
21. Amtsgericht Gemünden a. Main, Friedenstraße 7 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	294,0
22. Zentrales Mahngericht Coburg Umsetzung des Sicherheitskonzepts	250,0
23. Landgericht und Amtsgericht Bayreuth Umsetzung des Sicherheitskonzepts	304,0
24. Amtsgericht Obernburg a. Main, Römerstraße 80 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	200,0
25. Landgericht Schweinfurt Erneuerung der Blitzschutzanlage	150,0
26. Justizgebäude in Bamberg, Hainstraße 16 Kanalsanierung	120,0
27. Bayerische Justizschule Pegnitz Sanierung der Bauteile III-VIII des ehemaligen Schülerheims des Gymnasiums Pegnitz	200,0
28. Amtsgericht Bad Neustadt a.d. Saale Verlegung der Grundbuchregistratur	158,7

Zusammen	8.383,6
----------	---------

2013 gegenüber 2012:

5.000,0	Tsd. €	mehr insbesondere zur Umsetzung des Sicherheitskonzepts,
2.000,0	Tsd. €	mehr lt. Beschluss des Bayerischen Landtags vom 27.11.2012,
7.000,0	Tsd. €	mehr.

## Erläuterungen

2014	Tsd. €
1. Amtsgericht Ingolstadt Umsetzung der Sicherheitskonzepte in den Gebäuden des Amtsgerichts	550,0
2. Amtsgericht Laufen Umsetzung des Sicherheitskonzepts	200,0
3. Amtsgericht Dachau, Krankenhausstraße 11 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	200,0
4. Amtsgericht Freising Umsetzung des Sicherheitskonzepts	300,0
5. Amtsgericht Rosenheim, Bismarckstraße 1 und Rathausstraße 32 Umsetzung der Sicherheitskonzepte	515,0
6. Amtsgericht Dillingen Umsetzung des Sicherheitskonzepts	405,0
7. Amtsgericht Miesbach Umsetzung des Sicherheitskonzepts	216,0
8. Amtsgericht Weilheim Umsetzung des Sicherheitskonzepts	200,0
9. Amtsgericht Starnberg Umsetzung des Sicherheitskonzepts	200,0
10. Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung Südflügel	570,0
11. Amtsgericht Fürstenfeldbruck Brandschutzmaßnahmen, Sanierung	500,0
12. Landgericht Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1 Sanierung Nord- und Westfassade mit Wärmeschutz (2. Bauabschnitt)	635,8
13. Amtsgericht Weißenburg Umsetzung des Sicherheitskonzepts (2. Bauabschnitt)	100,0
14. Landgericht und Amtsgericht Ansbach Umsetzung des Sicherheitskonzepts (2. Bauabschnitt)	1.000,0
15. Amtsgericht Erlangen Umsetzung des Sicherheitskonzepts (2. Bauabschnitt)	44,0
16. Landgericht Regensburg, Augustenstraße 3 Umsetzung des Sicherheitskonzepts (2. Bauabschnitt)	60,0
17. Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35 Fenstersanierung Nordseite und Flursanierung (2. Bauabschnitt)	135,1
18. Justizgebäude Nürnberg, Adam-Klein-Straße 58/60 Kanalsanierung	338,0
19. Amtsgericht Straubing Brandschutzmaßnahmen	388,0
20. Zentraljustizgebäude Weiden Erneuerung der Fenster (2. Bauabschnitt)	150,0
21. Landgericht und Amtsgericht Coburg, Ketschendorfer Straße 1 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	600,0
22. Amtsgericht Kronach Umsetzung des Sicherheitskonzepts	410,0
23. Landgericht Aschaffenburg, Erthalstraße 3 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen	666,7
Zusammen	8.383,6



**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
710 00-5	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 36.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 40.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	30.500,0	36.000,0	A	20.500,0
					B	14.682,9
					C	20.575,9
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-2	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	45,6	56,4	A	- - -
					C	59,5
812 01-1	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.600,0	2.373,4	A	2.048,3
					B	1.350,9
					C	1.779,6
812 04-8	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Neu-Ulm	78,3	76,5	A	120,0
					B	6,6
					C	96,3
812 09-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Rosenheim	75,4	- - -	A	40,0
					B	15,1
					C	94,3

## Erläuterungen

**Zu 04 04/811 01**

<b>2013</b>	Tsd. €
<b>1. Erstbeschaffung</b>	
Pkw Anhänger, LG Ingolstadt	8,0
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
Zu ersetzen:	
Kleintransporter, Baujahr 1999 (OLG Bamberg)	18,8
Kleintransporter, Baujahr 2001 (Justizbehörden Coburg)	18,8
Zusammen	45,6

**2014**

<b>1. Erstbeschaffung</b>	-
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
Zu ersetzen:	
Kleintransporter, Baujahr 2002 (LG Aschaffenburg)	18,8
Pkw-Kombi, Baujahr 2002 (IT-Stelle)	18,8
Kastenwagen, Baujahr 1992 (AG Rosenheim)	18,8
Zusammen	56,4

**Zu 04 04/812 01**

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geräte für Textautomation/Mikrocomputer	40,4	40,4
2. Telekommunikationsgeräte (ohne Telefax)	40,4	40,4
3. Kopierautomaten	161,8	161,8
4. EDV-gerechtes Mobiliar	204,3	204,3
5. Video-Anlagen	153,4	56,0
6. Zeiterfassungsgeräte	239,0	236,0
7. Diktier- und Wiedergabegeräte	354,8	350,3
8. Maschinen und Geräte für den Bürobetrieb	242,6	242,6
9. Maschinen und Geräte für die Hausbewirtschaftung	161,7	161,7
10. Registratureinrichtungen	163,9	163,9
11. Kleinere Teilneuausstattungen	837,7	716,0
Zusammen	2.600,0	2.373,4

2013 gegenüber 2012:

Mehr 551,7 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 226,6 Tsd. € infolge Umschichtung in andere Bereiche der HGr. 8.

**Zu 04 04/812 04**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	638,2
Bis einschließlich 2012 bewilligt	483,4
Haushaltsbetrag 2013	78,3
Haushaltsbetrag 2014	76,5

Im Zusammenhang mit der bei 04 04/727 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme "Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm" werden für das Amtsgericht Neu-Ulm und die Zweigstelle Neu-Ulm der Staatsanwaltschaft Memmingen Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 41,7 Tsd. €, die Maßnahme orientiert sich am Baufortschritt.

**Zu 04 04/812 09**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	512,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	426,6
Haushaltsbetrag 2013	75,4
Haushaltsbetrag 2014	-

Für das Amtsgericht Rosenheim sind im Zusammenhang mit der bei 04 04/714 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme "Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim" Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 35,4 Tsd. €, die Maßnahme orientiert sich am Baufortschritt.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 14-6	051	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 385,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	350,0	350,0	A	300,0
					B	289,7
					C	231,4
812 15-5	051	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 106,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	300,0	A	300,0
					B	189,6
					C	333,8
812 19-1	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Amberg	---	---	A	---
812 20-8	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Straubing	***	***	A	---
812 23-5	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Bad Kissingen	***	***	A	---
812 24-4	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Aschaffenburg	---	***	A	---
					B	19,8
812 25-3	051	Teilneuausstattung Justizbehörden München <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 614,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	300,0	A	300,0
					B	196,1
					C	264,5
812 27-1	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Bayreuth	146,0	60,0	A	90,0
					B	90,0
					C	194,3
812 28-0	051	Teilneuausstattung des Justizgebäudes Ottostraße 5, Würzburg	***	***	A	---
					C	1.218,1
812 29-9	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Hof <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 679,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	679,0	A	200,0

## Erläuterungen

<b>Zu 04 04/812 14</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	6.395,2
Bis einschließlich 2012 bewilligt	5.695,2
Haushaltsbetrag 2013	350,0
Haushaltsbetrag 2014	350,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen der Fortführung der im Zusammenhang mit der Hochbaumaßnahme Justizgebäude Nürnberg, Bau- und Installationsmaßnahmen (Kap. 04 04 Tit. 730 35) erforderlichen Teilneu- und Ergänzungsausstattung. Die Durchführung der Maßnahme orientiert sich am Baufortschritt.

**Zu 04 04/812 15**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € zur Erneuerung von Telefonanlagen.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge Umschichtung in andere Bereiche der HGr. 8.

**Zu 04 04/812 20**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 23**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 24**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 25**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	10.793,2
Bis einschließlich 2012 bewilligt	9.993,2
Haushaltsbetrag 2013	400,0
Haushaltsbetrag 2014	400,0

Die Mittel sind vor allem für Dienstzimmer- und Sitzungssaalausstattungen in den Münchner Justizgebäuden vorgesehen. Die Gesamtsumme erhöht sich wegen der Einbeziehung weiterer notwendiger Maßnahmen auf 10.793,2 Tsd. €.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen zusätzlichem Bedarf.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 100,0 Tsd. € infolge Umschichtung in andere Bereiche der HGr. 8.

**Zu 04 04/812 27**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 56,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 86,0 Tsd. €, die Maßnahme orientiert sich am Baufortschritt.

**Zu 04 04/812 28**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 04/812 29**

Im Zusammenhang der bei 04 04/735 02 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Haushaltsjahr 2012 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 200,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 679,0 Tsd. €, die Maßnahme orientiert sich am Baufortschritt.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
812 30-6	051	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	50,0	50,0	A	30,0
					B	36,1
812 31-5	051	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	1.618,0	1.618,0	A	1.618,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	283,9
		<i>50,0</i>			C	146,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>50,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
812 33-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizschule Pegnitz	---	---	A	---
					B	53,7

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 04/812 30**

Die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Videovernehmungs- und -konferenzsystemen ist erforderlich, weil die Gerichte und Staatsanwaltschaften verstärkt von den vom Gesetzgeber eingeräumten Möglichkeiten, Zeugen oder Sachverständige zu vernehmen, oder Verhandlungen mit Hilfe von Videokonferenzanlagen durchzuführen (u.a. §§ 58, 186 e, 247 a StPO), Gebrauch machen. Außerdem häufen sich Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland zur Vernehmung von Zeugen mittels Videokonferenzen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen zusätzlichem Bedarf.

**Zu 04 04/812 31**

Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahme (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
<b>Titelgruppen</b>						
<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>						
<i>Titel der TG mit Ausnahme von 981 99 gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-8	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	3.157,5	3.157,5	A	3.482,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 699,1</i>			B	3.763,3
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	7.134,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.195,8</i>				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2014 in Höhe von 2.195,8 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2015 Tsd. € 995,8</i>				
		<i>2016 Tsd. € 600,0</i>				
		<i>2017 Tsd. € 600,0</i>				

**Erläuterungen****Zu 04 04/99**

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der IT erledigt oder durch IT unterstützt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (forumSTAR-Insolvenz, INKA),
- Verfahren der Strafgerichte (forumSTAR-Straf, STRAFTEXT),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitungslösung forumSTAR-Text),
- Vollstreckung der Erzwingungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle,
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR),
- Neuentwicklung eines datenbankgestützten IT-Grundbuches,
- Integriertes Haushaltsverfahren (IHV),
- Personal- und Stellenverwaltung in der staatlichen Verwaltung (VIVA),
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SOLKOST, NACHKOST, forumSTAR),
- Justizverwaltung (VEWA, DIAPERS, Verwaltungsmanagementprogramm SeminarIS, DMS Projekt ELDORA, Archivierungsprojekt ELAP),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (JURIS), beck-online und Jurion,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FGG-Angelegenheiten (forumSTAR, NACHTEXT),
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR), elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung (RAS),
- Bewährungshilfe (RESODAT/SoPart).

Die Arbeiten erledigen grundsätzlich Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere Stellen in Anspruch genommen werden.

Zuständig ist die Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz beim Oberlandesgericht München (IT-Stelle) mit Ausnahme der Aufgaben, die von der IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz (IBS) wahrgenommen werden. Ferner sind im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Landesjustizkasse Bamberg (LJK) sowie das Zentrale Mahngericht bei dem Amtsgericht Coburg (ZEMA) mit Aufgaben der elektronischen Datenverarbeitung betraut.

## Erläuterungen

Für die Betreuung der vernetzten PC und PC-Fachanwendungen ist ferner als zentrale Anlaufstelle der Anwender die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz in Amberg zuständig.

Rein technische Betriebs- und Betreuungsaufgaben (insbesondere Hardware, System- und Standardsoftware sowie Netz) sowie die im Wege der Ersatzbeschaffung auszurollenden PC und IT-Infrastruktur sind - unter Wahrung der Kernkompetenz der Justiz - auf externe Firmen verlagert.

Die Rechenzentrumsdienstleistungen werden

- vom Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord für den Bereich des Fachverfahrensbetriebs und
- vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung - Rechenzentrum Süd für den Bereich der Webdienste, Virtuelle Poststelle und Rechtsreferendarausbildungssystem (RAS) vorgenommen.

Die bei den Verrechnungstitel Kap. 04 02 Tit. 981 11 (2013: 89,6 Tsd. €, 2014: 93,0 Tsd. €) und Kap. 04 02 Tit. 981 12 (2013: 3.062,2 Tsd. €, 2014: 3.552,2 Tsd. €) anzusetzenden Sachmittel sind mit den beiden Rechenzentren verhandelt worden und bei den Haushaltsansätzen in der Titelgruppe 99 bereits in Abzug gebracht worden.

Übersicht über das dem IT-Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften (IT-Stelle, IBS, LJK, ZEMA) zuzuordnende Personal:

	Anzahl der Stellen 2013	Anzahl der Stellen 2014
Beamte		
R 3	1,0	1,0
R 2	3,0	3,0
R 1	6,0	6,0
A 14	1,0	1,0
A 13	5,0	5,0
A 12	25,0	25,0
A 11	42,0	42,0
A 10	39,0	39,0
A 9 + Z	2,0	2,0
A 9	32,0	32,0
A 8	30,0	30,0
A 7	29,0	29,0
A 6	12,0	14,0
A 5	2,0	2,0
Summe	229,0	231,0

	Anzahl der Stellen 2013	Anzahl der Stellen 2014
Arbeitnehmer		
E 14	1,0	1,0
E 13	-	-
E 12	-	-
E 11	2,0	2,0
E 10	8,0	8,0
E 9	21,0	21,0
E 8	18,0	18,0
E 7	-	-
E 6	6,0	6,0
E 5	3,0	3,0
Summe	59,0	59,0
Insgesamt	288,0	290,0

**Zu 04 04/511 99**

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	5,0	5,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	1.391,5	1.391,5
3. Mieten und Wartung	1.741,0	1.741,0
4. Bücher und Zeitschriften	20,0	20,0
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	3.157,5	3.157,5

2013 gegenüber 2012:

Weniger 325,3 Tsd. €, u.a. aufgrund geringer ausfallender Ersatzbeschaffungen und der Verrechnung mit den Rechenzentren bei den Verrechnungstiteln Kap. 04 02 Tit. 981 11 und Kap. 04 02 Tit. 981 12.

**04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
514 99-5	051	Verbrauchsmittel	30,0	30,0	A	122,5
					B	25,8
					C	19,8
518 99-1	051	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	2.117,0	2.117,0	A	2.012,0
					B	1.844,5
					C	1.844,5
519 99-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
					C	76,7
525 99-2	051	Aus- und Fortbildung	131,9	131,9	A	40,5
526 99-1	051	Ausgaben für Sachverständige	12.398,0	12.198,0	A	14.927,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 47.660,0</i>			B	14.212,5
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 47.660,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>			C	15.248,5
		<i>2014 Tsd. € 11.720,0</i>				
		<i>2015 Tsd. € 12.220,0</i>				
		<i>2016 Tsd. € 12.220,0</i>				
		<i>2017 Tsd. € 11.500,0</i>				
533 99-2	051	Nebenkosten der Datenverarbeitung	244,0	244,0	A	178,0
					B	1,7
					C	5,6
534 99-1	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	3.572,1	3.572,1	A	3.141,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.600,0</i>			B	2.833,2
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 1.600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>			C	80,8
		<i>2014 Tsd. € 750,0</i>				
		<i>2015 Tsd. € 350,0</i>				
		<i>2016 Tsd. € 350,0</i>				
		<i>2017 Tsd. € 150,0</i>				
632 99-2	051	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch)	---	---	A	---
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 232 02.</i>			C	2.644,7
815 99-1	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	11.309,4	9.819,4	A	8.495,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 35.813,0</i>			B	6.586,6
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 35.813,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>			C	9.273,9
		<i>2014 Tsd. € 8.899,0</i>				
		<i>2015 Tsd. € 8.967,0</i>				
		<i>2016 Tsd. € 8.967,0</i>				
		<i>2017 Tsd. € 8.980,0</i>				

## Erläuterungen

**Zu 04 04/514 99**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 92,5 Tsd. € wegen der abgeschlossenen Erstausrüstung. Die laufenden Verbrauchskosten sind bei Kap. 04 04 Tit. 511 01 veranschlagt.

**Zu 04 04/518 99**

Für die Nutzung des Rechenzentrums der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) für das automatisierte gerichtliche Mahnverfahren und seine Online-Anwendungen TAR/WEB und Optimahn ist Miete zu entrichten.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 105,0 Tsd. € aufgrund der Erweiterung des Verfahrens und der prognostizierten Ausgabeentwicklung.

**Zu 04 04/525 99**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 91,4 Tsd. € aufgrund der Migration zu Windows 7 und Office 2010. Die erforderlichen Ausgabemittel für Schulungen im Bereich der Fachverfahren sind bei Kap. 04 04 Tit. 525 01 veranschlagt.

**Zu 04 04/526 99**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 2.529,4 Tsd. € infolge niedrigerer Kosten für die externen Leistungen (Outsourcing) beim IT-Betrieb, PC- und Server-Ersatzbeschaffungen und User-Help-Desk sowie für notwendige Sachverständigenleistungen.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 200,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung von neu geschaffenen Planstellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

**Zu 04 04/533 99**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 66,0 Tsd. € aufgrund höherem Bedarf an Transporten und Fachliteratur.

**Zu 04 04/534 99**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	669,2	669,2
2. Softwareentwicklung durch Dritte	2.902,9	2.902,9
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	3.572,1	3.572,1

2013 gegenüber 2012:

Mehr 430,7 Tsd. € für Datenerfassung und Softwareentwicklung.

**Zu 04 04/632 99**

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachverfahren gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR und bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch.

**Zu 04 04/815 99**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Zentraleinheiten	3.610,0	2.620,0
2. Peripheriegeräte	4.715,5	4.215,5
3. Datenträger	10,0	10,0
4. Erwerb von Software	2.973,9	2.973,9
5. Geräte und Einrichtungsgegenstände für Zwecke des Datenschutzes und der Datensicherheit	-	-
Zusammen	11.309,4	9.819,4

2013 gegenüber 2012:

1.813,8 Tsd. € mehr aufgrund der Zunahme an Software- und Hardwarekosten für Refreshmaßnahmen in der Infrastruktur sowie neue Maßnahmen im RZ Nord,  
 1.000,0 Tsd. € mehr lt. Beschluss des Bayerischen Landtags vom 8. November 2012 für das Programm eJustice,  
 2.813,8 Tsd. € mehr.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 1.490,0 Tsd. € wegen höherer Dotierung des Verrechnungstitels sowie Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

## 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
981 99-9	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen anderer Staatsbehörden oder öffentlich-rechtlicher Einrichtungen	***	***	A	---
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	32.959,9	31.269,9	A	32.400,2
					B	29.267,5
					C	36.329,1
		<b>Gesamtausgaben</b>	1.205.512,0	1.232.235,3	A	1.134.124,4
					B	1.099.837,6
					C	1.100.972,2
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	858.320,0	877.920,0	A	810.540,0
					B	835.089,9
					C	740.230,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	40,0	40,0	A	40,0
					B	1.647,6
					C	3.012,4
		<b>Gesamteinnahmen</b>	858.360,0	877.960,0	A	810.580,0
					B	836.737,5
					C	743.242,8
		Personalausgaben	651.924,7	672.358,0	A	627.044,4
					B	614.410,1
					C	605.424,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	486.732,3	490.812,3	A	461.571,8
					B	452.154,6
					C	448.123,3
		Ausgaben für den Schuldendienst	400,0	400,0	A	400,0
					B	358,3
					C	364,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.398,7	8.598,7	A	7.682,7
					B	6.649,0
					C	9.067,2
		Baumaßnahmen	40.883,6	44.383,6	A	23.883,6
					B	17.147,4
					C	24.300,3
		Sonstige Sachinvestitionen	17.172,7	15.682,7	A	13.541,9
					B	9.118,1
					C	13.692,2
		<b>Gesamtausgaben</b>	1.205.512,0	1.232.235,3	A	1.134.124,4
					B	1.099.837,6
					C	1.100.972,2
		<b>Zuschuss</b>	347.152,0	354.275,3	A	323.544,4
					B	263.100,1
					C	357.729,4



**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6,5	6,5	A	7,5
					B	6,7
					C	6,9
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	0,2	0,2	A	0,5
					B	0,2
					C	0,3
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	30,0	30,0	A	80,0
					B	25,9
					C	42,2
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	850,0	850,0	A	700,0
					B	1.155,8
					C	922,8
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2.260,0	2.240,0	A	2.495,0
					B	2.462,6
					C	2.517,9
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen bis zur Höhe von 1.000,0 Tsd. € erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 Titelgruppe 72 zu 100 %, darüber hinaus gehende Mehreinnahmen bis zur Höhe von insgesamt 10 % des Haushaltsansatzes erhöhen diese Ausgabebefugnis zu 50 %.</i> <i>Leistungen der Arbeitsbetriebe und der Arbeitseinsatz von Gefangenen dürfen für die in der Bekanntmachung vom 23. Sept. 1997 (JMBl S. 132) genannten Bezugsberechtigten nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	43.100,0	43.100,0	A	42.600,0
					B	43.626,6
					C	43.954,2
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	550,0	550,0	A	530,0
					B	592,3
					C	544,6
		<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>				
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	130,0	130,0	A	120,0
					B	144,3
					C	521,1
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	45,0	45,0	A	50,0
					B	48,8
					C	3,5
235 12-4	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk zu 428 12.</i>	---	---	A	---
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	65,0	65,0	A	65,0
					B	66,4
					C	64,3
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	75,0	75,0	A	65,0
					B	100,8
					C	60,0

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 04 05**

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 678), in den jeweils geltenden Fassungen.

**Zu 04 05/111 01 bis 125 01**

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde.

**Zu 04 05/111 01**

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

**Zu 04 05/119 11**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

**Zu 04 05/119 49**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

**Zu 04 05/124 01**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.890,0	1.875,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	250,0	245,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	40,0	40,0
Sonstige Einnahmen	80,0	80,0
Zusammen	2.260,0	2.240,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 235,0 Tsd. € wegen Reduzierung des Bestandes an Dienst- und Mietwohnungen.

**Zu 04 05/125 01**

Vgl. Titelgruppe 72 (Ausgaben).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 500,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Auftragsentwicklung.

**Zu 04 05/125 02**

Vgl. Titel 514 21.

**Zu 04 05/231 01**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBl S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

**Zu 04 05/232 01**

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 5,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

**Zu 04 05/236 01**

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

**Zu 04 05/261 01**

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 10,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011	
1	2	3	4	5	C	Ist 2010	
						Tsd. €	6
271 01-2	056	Zuweisungen der EU und des Bundes im Rahmen von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 71.</i>	---	---	A	---	
					B	448,9	
					C	126,2	
<b>Gesamteinnahmen</b>			47.111,7	47.091,7	A	46.713,0	
					B	48.679,3	
					C	48.764,1	
<b>Ausgaben</b>							
<b>Personalausgaben</b>							
422 01-0	056	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	168.295,2	171.733,6	A	166.551,3	
					B	157.138,8	
					C	153.926,2	
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	4.508,1	4.612,7	A	3.849,1	
					B	4.283,2	
					C	4.369,3	
422 31-4	056	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	34,9	35,7	A	78,4	
					B	33,2	
					C	46,3	
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---	
					B	489,6	
					C	500,0	
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	235,0	235,0	A	235,0	
					B	190,8	
					C	222,7	
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	30,0	30,0	A	20,0	
					B	26,3	
					C	21,1	
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	15.496,2	15.760,7	A	36.022,2	
					B	14.769,3	
					C	14.812,9	
428 07-8	056	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	21.385,6	21.748,3	A	---	
					B	20.639,5	
					C	20.217,2	
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	1.814,0	1.189,0	A	1.439,0	
					B	1.425,3	
					C	1.006,6	
428 12-1	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---	
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	2.137,8	2.137,8	A	2.137,8	
					B	1.832,0	
					C	1.880,7	
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---	
					B	206,1	
					C	153,4	
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	450,0	450,0	A	400,0	
					B	417,4	
					C	480,1	

## Erläuterungen

**Zu 04 05/271 01**

Veranschlagt sind Zuweisungen der Europäischen Union und des Bundes zur Durchführung von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt.

**Zu 04 05/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Erschwerniszulagen	1.800,0	1.800,0

**Zu 04 05/422 21**

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

**Zu 04 05/422 41 (und 428 41)**

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

**Zu 04 05/427 01**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Vergütungen für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	110,2	110,2
- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)	124,8	124,8
Zusammen	<u>235,0</u>	<u>235,0</u>

**Zu 04 05/427 41**

Veranschlagt ist das Entgelt für 3 Berufspraktikanten in den Justizvollzugsanstalten Aichach, Augsburg und München (neu eingerichtete Mutter-Kind-Abteilung).

**Zu 04 05/428 01 (und 428 11, 428 15)**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung. Ferner 26,0 Tsd. € für die Gewährung der sog. Gitterzulage für die in der Bayerischen Justizvollzugsschule Straubing beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in entsprechender Anwendung der einschlägigen besoldungsrechtlichen Regelung.

**Zu 04 05/428 11**

Veranschlagt sind Mittel für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 375,0 Tsd. € für das Personal zur Bewachung der Baustelle des neu zu errichtenden Hauses für Sicherungsverwahrte auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Straubing.

2014 gegenüber 2013:

375,0 Tsd. € weniger infolge Wegfalls der Baustellenbewachung für das Haus für Sicherungsverwahrte in Straubing,

250,0 Tsd. € weniger zur Gegenfinanzierung von neu geschaffenen Planstellen im Bereich des Justizvollzuges,

625,0 Tsd. € weniger.

**Zu 04 05/428 12**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 05/428 21 (und 428 05)**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 04 05/453 01**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	310,0	310,0
2. Umzugskostenvergütungen	140,0	140,0
Zusammen	<u>450,0</u>	<u>450,0</u>

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf auf Grund zusätzlicher Planstellen für das neu zu errichtende Haus für Sicherungsverwahrung in Straubing sowie den Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Augsburg-Gablingen.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-2	056	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.400,0	1.400,0	A	1.400,0
					B	1.170,2
					C	1.201,7
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	465,0	465,0	A	450,0
					B	485,9
					C	490,0
511 24-5	056	Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde sowie Aufwandsentschädigung für Hundehalter	60,0	60,0	A	50,0
					B	29,4
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	400,0	400,0	A	360,0
					B	438,5
					C	422,1
514 02-8	056	Beschaffung von Munition	68,0	68,0	A	65,0
					B	59,3
					C	65,1
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	1.490,0	1.490,0	A	1.472,2
					B	1.207,2
					C	1.240,3
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 v.H. der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	415,0	415,0	A	400,0
					B	425,3
					C	397,3
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.700,0	6.700,0	A	6.600,0
					B	6.565,9
					C	6.516,5

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/511 01</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	450,5	450,5
2. Bücher und Zeitschriften	125,9	125,9
3. Kommunikation	212,8	212,8
4. Entgelte für Postdienstleistungen	200,1	200,1
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	345,6	345,6
6. Sonstiges	65,1	65,1
Zusammen	1.400,0	1.400,0

**Zu 04 05/511 22**

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Waffen und Schutzmasken.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 15,0 Tsd. € wegen gestiegenem Bedarf.

**Zu 04 05/511 24**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 10,0 Tsd. € zur Einrichtung eines zentralen Diensthundewesens im bayerischen Justizvollzug in Anlehnung an die Regelungen der bayerischen Polizei.

**Zu 04 05/514 01**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	200,0	200,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	200,0	200,0
Zusammen	400,0	400,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung

Kosten wie vor	400,0	400,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	388,0	393,0
Ausgaben für Leasing/Miete	43,0	43,0
Zusammen	831,0	836,0

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>am 1.2.2012</b>	
	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2012</b>	<b>gesamt</b>	<b>davon geleast/ gemietet</b>
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	56	58	52	52	13
Lastkraftwagen, Transporter	26	27	26	26	-

2013 gegenüber 2012:

Mehr 40,0 Tsd. € infolge Preissteigerungen.

**Zu 04 05/514 02**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 3,0 Tsd. € wegen Preissteigerungen sowie infolge erhöhten Bedarfs.

**Zu 04 05/514 11**

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstausrüstungen von Bediensteten mit Dienstkleidung sowie Beschaffung, Instandsetzung und Ergänzung staatseigener Ausrüstungsgegenstände und zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 22,1 Tsd. € wegen Preissteigerungen sowie infolge erhöhten Bedarfs.

**Zu 04 05/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Preissteigerungen.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	15.100,0	15.100,0	A	14.800,0
					B	14.411,7
					C	14.189,1
517 31-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-6	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	9,0	9,0	A	10,0
					B	7,9
					C	9,5
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	53,0	53,0	A	22,0
					B	87,1
					C	19,8
518 18-6	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	27,5	27,5	A	23,0
					B	27,3
					C	18,2
518 31-9	056	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.466,5	6.466,5	A	6.466,5
					B	6.685,5
					C	7.806,6
520 01-1	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 823 10.</i>	1.790,6	1.750,6	A	1.882,0
					B	1.812,7
					C	1.844,3

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/517 05</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	9.850,0	9.850,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	5.250,0	5.250,0
Zusammen		15.100,0	15.100,0

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 300,0 Tsd. € wegen Preissteigerungen.

**Zu 04 05/518 01.**  
2013 gegenüber 2012:  
Weniger 1,0 Tsd. € wegen Anpassung an Ausgabenentwicklung.

**Zu 04 05/518 11**  
2013 gegenüber 2012:  
Mehr 31,0 Tsd. € wegen erhöhten Bedarfs.

**Zu 04 05/518 18**  
Die Kosten für Leasing von Dienstfahrzeugen sind seit dem Doppelhaushalt 2005/2006 hier veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 4,5 Tsd. € wegen erhöhten Bedarfs aus Wirtschaftlichkeitsgründen (Leasing statt Kauf).

<b>Zu 04 05/519 01</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	6.466,5	6.466,5
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		6.466,5	6.466,5

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die unabweisbaren Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für dringende Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die Zuständigkeit des Bauunterhalts umfasst den Bestand von rd. 800 Gebäuden mit einer Nutzfläche von rd. 650.000 qm. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) erfordern einen zusätzlichen Mitteleinsatz.

**Zu 04 05/520 01**  
Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung des Zinsanteils und der Betriebskosten des PPP-Projekts Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München benötigt. Die Raten für die investiven Kosten sind bei Tit. 823 10 veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:  
Weniger 91,4 Tsd. € wegen geringerer Betriebskosten (vgl. Erläuterungen zu Tit. 823 10).

2014 gegenüber 2013:  
Weniger 41,0 Tsd. € wegen des Rückgangs des jährlichen Zinsanteils.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer <i>Zu 525 01 und 525 02: Gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	370,0	370,0	A	370,0
					B	314,1
					C	357,5
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung <i>Vgl. Vermerk zu 525 01.</i>	35,5	35,5	A	35,0
					B	24,8
					C	26,0
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	230,0	230,0	A	220,0
					B	222,1
					C	209,3
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	60,0	60,0	A	55,0
					B	57,4
					C	52,4

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/525 01</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	20,0	20,0
2. Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	7,0	7,0
3. Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	8,0	8,0
4. Lehrgänge für Führungskräfte	9,0	9,0
5. Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	10,0	10,0
6. Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen und Sozialarbeiter	30,0	30,0
7. Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	22,0	22,0
8. Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	8,0	8,0
9. Seminare über Aidsprobleme	5,0	5,0
10. Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	9,0	9,0
11. Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	9,0	9,0
12. Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	8,0	8,0
13. Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	18,0	18,0
14. Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	12,0	12,0
15. Seminare für Funktionsbeamte	10,0	10,0
16. Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	43,0	43,0
17. Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	8,0	8,0
18. Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	8,0	8,0
19. Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	3,0	3,0
20. Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	14,0	14,0
21. Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	15,0	15,0
22. Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	10,0	10,0
23. Lehrgänge über Behandlungsvollzug	7,0	7,0
24. Seminare über Belastungen und Konflikte infolge von Überbelegung	7,0	7,0
25. Ausbildung für "Reasoning & Rehabilitation" Trainer	15,0	15,0
26. Seminare über Umweltschutz	9,0	9,0
27. Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	3,0	3,0
28. Lehr- und Lernmittel	10,0	10,0
29. Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule)	8,0	8,0
30. Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	25,0	25,0
Zusammen	370,0	370,0

**Zu 04 05/525 02**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 0,5 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf auf Grund neu geschaffener Planstellen.

**Zu 04 05/527 01**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf auf Grund neu geschaffener Planstellen.

**Zu 04 05/533 01**

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Würzburg und Straubing und in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München.

Ab 2013 kommen neu hinzu Einzeltransporte der im Haus für Sicherungsverwahrte in Straubing Untergebrachten.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 5,0 Tsd. € wegen Anpassung an den veränderten Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	240,0	240,0	A	240,0
					B	241,4
					C	282,9
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	---	A	---
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Erläuterung ist verbindlich.</i>	700,0	700,0	A	440,0
					B	399,2
					C	376,3
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	13,6	---	A	64,6

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 05/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können bis zu 2,5 Tsd. € für Billigkeitsleistungen verwendet werden.

**Zu 04 05/681 01**

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

**Zu 04 05/681 02**

Die Mittel dienen insbesondere zur Unterstützung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten, speziell bei ihrer Entlassung. Von den Mitteln können im Rahmen des Übergangsmanagements jährlich bis zu 460,0 Tsd. € über Einrichtungen der Straftlassenenhilfe oder als Zuschüsse an karitative Einrichtungen ausgereicht werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 260,0 Tsd. € im Hinblick auf das Übergangsmanagement.

**Zu 04 05/686 02:**

Evaluation des Jugendtherapiezentrum der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth durch die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Von den Gesamtkosten in Höhe von 78.140 € ist 2013 vertragsgemäß der letzte Teilbetrag in Höhe von 13.540 € fällig.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	7.645,3	6.645,3	A	6.020,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	4.862,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>			C	6.471,7
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

**Erläuterungen****Zu 04 05/701 01**

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Aichach; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	485,0	500,0
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	500,0	500,0
3. Justizvollzugsanstalt Amberg; Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage.	-	420,0
4. Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Erneuerung der Heizungsanlage. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	150,0	80,0
5. Justizvollzugsanstalt Bamberg; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	155,0
6. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	545,0	-
7. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Errichtung eines inneren Sicherheitszauns und einer Videosensoranlage (Anstalt II).	-	500,0
8. Justizvollzugsanstalt Bernau; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	150,0	-
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung einer Sozialtherapeutischen Abteilung (Haus 4).	110,0	-

## Erläuterungen

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
10. Justizvollzugsanstalt Bernau; Neubau der Torwache (Haus 9).	400,0	300,0
11. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	275,0
12. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Errichtung einer Sozialtherapeutischen Abteilung.	400,0	150,0
13. Justizvollzugsanstalt Erding; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes, Umbau und Sanierung.	400,0	400,0
14. Justizvollzugsanstalt Erlangen; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	250,0
15. Justizvollzugsanstalt Hof; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	405,0	-
16. Justizvollzugsanstalt Hof; Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage und Errichtung einer Videosensoranlage.	-	400,0
17. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der Ersatzstromversorgung:	400,0	350,0
18. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug sowie von Seminar- und Schulungsräumen.	-	755,0
19. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	200,0	200,0
20. Justizvollzugsanstalt München; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes (Nordbau).	400,0	-
21. Justizvollzugsanstalt Neuburg a.d. Donau; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Sanierungen.	250,0	250,0
22. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage (Altbau).	200,0	-
23. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	200,0	-
24. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	200,0	200,0
25. Justizvollzugsanstalt Passau; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	100,0	-
26. Justizvollzugsanstalt Straubing; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Stahlseilverspannungen).	300,0	210,0
27. Justizvollzugsanstalt Straubing; Errichtung einer Sozialtherapeutischen Abteilung (Haus II).	300,0	300,0
28. Justizvollzugsanstalt Straubing; Neubau einer Einrichtung für den offenen Vollzug (Sicherungsverwahrung).	300,0	-
29. Justizvollzugsanstalt Straubing; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Einhausung der Fahrzeugschleuse).	-	200,0
30. Justizvollzugsanstalt Traunstein; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	250,3	250,3
Zusammen	<u>6.645,3</u>	<u>6.645,3</u>

2013 gegenüber 2012:

625,3 Tsd. €	mehr weil die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten dringend verbessert werden muss,
1.000,0 Tsd. €	mehr lt. Beschluss des Bayerischen Landtags vom 27.11.2012,
<u>1.625,3 Tsd. €</u>	mehr.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 45.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 45.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50.500,0	45.000,0	A	50.000,0
					B	22.986,1
					C	18.088,4
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	280,0	280,0	A	400,0
					B	238,0
					C	227,5
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	300,0	300,0	A	300,0
					B	1.171,8
					C	1.352,1
812 02-7	056	Erstausstattung der Kranken-, der Mutter-Kind-Abteilung, der Abteilung für den offenen Vollzug und des neuen Seminargebäudes mit Wohnheim der Justizvollzugsanstalt Aichach	---	---	A	---

## Erläuterungen

**Zu 04 05/811 01****2013**

Tsd. €

**1. Erstbeschaffung**

Pkw, Elektrofahrzeug	25,0
Gefangenentransportbus 100 kW, SV-Haus Straubing	35,0
Pkw SV-Haus-Straubing	20,0
Pkw Van SV-Haus Straubing	-

**2. Ersatzbeschaffung**

Zu ersetzen:

Gefangenentransporter, 62 kW, Baujahr 1997	
Gefangenentransporter, 62 kW, Baujahr 2005	
Gefangenentransporter, 80 kW, Baujahr 1999	
Pkw, 72 kW, Baujahr 2000	
Kombi, 84 kW, Baujahr 2005	
Gefangenentransporter, 80 kW, Baujahr 1997	
Pkw, 60 kW, Baujahr 2003	
Rasentraktor, Baujahr 1997	
Pkw, 60 kW, Baujahr 2005	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
Gefangenentransporter, 62 kW	30,0
Gefangenentransporter, 62 kW	-
Gefangenentransporter, 82 kW	35,0
Pkw, 75 kW,	20,0
Kombi, 80 kW	35,0
Gefangenentransporter, 80 kW	30,0
Pkw, 60 kW	-
Rasentraktor	30,0
Pkw, 60 kW	20,0
Zusammen	280,0

**2014****1. Erstbeschaffung**

Lkw	95,0
Pkw	20,0

**2. Ersatzbeschaffung**

Zu ersetzen:

Transporter, 80 kW, Baujahr 2006	
Gefangenentransportbus, kW 75, Baujahr 2003	
Gefangenentransportbus, kW 80, Baujahr 2004	
Transporter, 80 kW, Baujahr 1999	
Transporter, 74 kW, Baujahr 2005	
Pkw-Kombi, 78 kW, Baujahr 2006	
Pkw-Kombi, 78 kW, Baujahr 2001	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
Transporter, 80 kW	30,0
Gefangenentransportbus, 75 kW	30,0
Gefangenentransportbus, 80 kW	-
Transporter, 80 kW	25,0
Transporter, 74 kW	20,0
Pkw-Kombi, 78 kW	30,0
Pkw-Kombi, 78 kW	30,0
Zusammen	280,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 120,0 Tsd. € wegen Einsparmaßnahmen.

**Zu 04 05/812 01**

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Zeiterfassungssysteme	30,0	10,0
Büroausstattungen	150,0	150,0
Geräte für Personalküchen	40,0	20,0
Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich	80,0	120,0
Zusammen	300,0	300,0

**Zu 04 05/812 02**

Die Maßnahme wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 350,1 Tsd. € abgeschlossen.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 03-6	056	Neubau eines Versorgungszentrums mit Küche, Bäckerei und Wäscherei in der Justizvollzugsanstalt Aichach <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 750,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	306,7	A	---
812 04-5	056	Erstausstattung der privatfinanzierten Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung und Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München	---	---	A C	--- 80,0
812 05-4	056	Erwerb von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software für die Einrichtung eines EDV-gestützten Gebäudemanagements	---	---	A	150,8
<u>812 06-3</u>	056	Teilneuausstattung des erweiterten Arbeitsbetriebsgebäudes der Justizvollzugsanstalt Hof	---	---	A	
812 07-2	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	80,0	80,0	A B C	100,0 89,5 61,1
<u>812 08-1</u>	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0	800,0	A	
<u>812 10-7</u>	056	Neuausstattung nach Sanierung der Häuser G und H (Tuberkuloseabteilung und Krankenstation) der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	130,0	130,0	A	
812 11-6	056	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Ambulanz mit Zahnstation der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	---	---	A B	--- 98,0
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 950,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 900,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A C	--- 143,0
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	10,0	10,0	A B C	60,0 60,9 12,8

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/812 03</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2013	250,0
Haushaltsbetrag 2014	306,7
Vorbehalten bleiben	-
Das neu zu errichtende Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei und Wäscherei) der Justizvollzugsanstalt Aichach muss ausgestattet werden (vgl. 04 05/726 21).	
<b>Zu 04 05/812 04</b>	
Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
<b>Zu 04 05/812 05</b>	
Maßnahmen zur Optimierung des Gebäudemanagements in allen bayerischen Justizvollzugseinrichtungen.	
2013 gegenüber 2012: Weniger 150,8 Tsd. € wegen Einsparmaßnahmen.	
<b>Zu 04 05/812 07</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	500,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	240,0
Haushaltsbetrag 2013	80,0
Haushaltsbetrag 2014	80,0
Vorbehalten bleiben	100,0
Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.	
<b>Zu 04 05/812 08</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	8.900,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2013	600,0
Haushaltsbetrag 2014	800,0
Vorbehalten bleiben	7.500,0
Der Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen muss ausgestattet werden.	
<b>Zu 04 05/812 10</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	400,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2013	130,0
Haushaltsbetrag 2014	130,0
Vorbehalten bleiben	140,0
Die Häuser G und H der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth müssen nach der Sanierung neu ausgestattet werden.	
<b>Zu 04 05/812 11</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	480,0
Vorbehalten bleiben	120,0
Die umgebaute und teilerneuerte Ambulanz mit Zahnstation der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth muss neu ausgestattet werden.	
<b>Zu 04 05/812 13</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	1.886,9
Haushaltsbetrag 2013	-
Haushaltsbetrag 2014	-
Vorbehalten bleiben	1113,1
Die verbrauchte maschinelle Ausstattung der Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth muss dringend erneuert und ergänzt werden.	
<b>Zu 04 05/812 15</b>	
Kleinere Maßnahmen, insbesondere Erweiterung unzureichender oder Kauf gemieteter Fernsprechanlagen.	
2013 gegenüber 2012: Weniger 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.	

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 18-9	056	Erstausrüstung der neuen Justizvollzugsanstalt Landshut	---	---	A	---
					B	150,0
					C	260,0
812 20-5	056	Neuausrüstung der sanierten Frauenanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	---	---	A	---
812 21-4	056	Teilneuausrüstung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	100,0	100,0	A	200,0
					B	90,0
					C	63,0
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	25,0	25,0	A	80,0
					B	39,7
					C	12,5
812 24-1	056	Neuausrüstung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	806,7	1.300,0	A	---
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			C	45,9
		<i>1.400,0</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>150,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
812 25-0	056	Neuausrüstung der sanierten Justizvollzugsanstalt Memmingen	30,0	30,0	A	50,0
					B	43,0
812 27-8	056	Teilneuausrüstung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	---	---	A	---
812 28-7	056	Erneuerung der Haftraumausstattung und des Wäschereimaschinenparks der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	---	---	A	130,0

## Erläuterungen

**Zu 04 05/812 18**

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Zu 04 05/812 20**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	100,0
Haushaltsbetrag 2013	-
Haushaltsbetrag 2014	-
Vorbehalten bleiben	500,0

Die sanierte Frauenanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss neu ausgestattet werden.

**Zu 04 05/812 21**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	2.770,0
Haushaltsbetrag 2013	100,0
Haushaltsbetrag 2014	100,0
Vorbehalten bleiben	30,0

Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung sowie der Hafträume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.

**Zu 04 05/812 22**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	2.851,0
Haushaltsbetrag 2013	25,0
Haushaltsbetrag 2014	25,0
Vorbehalten bleiben	599,0

Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.

**Zu 04 05/812 24**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	150,0
Haushaltsbetrag 2013	806,7
Haushaltsbetrag 2014	1.300,0
Vorbehalten bleiben	743,3

Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.

**Zu 04 05/812 25**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	300,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	93,0
Haushaltsbetrag 2013	30,0
Haushaltsbetrag 2014	30,0
Vorbehalten bleiben	147,0

Die sanierte Justizvollzugsanstalt Memmingen (vgl. 04 05/727 01) muss teilweise neu ausgestattet werden.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Einsparmaßnahmen.

**Zu 04 05/812 27**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	400,0
Vorbehalten bleiben	200,0

Die verbrauchte Ausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech muss teilweise erneuert werden.

**Zu 04 05/812 28**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	400,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	130,0
Haushaltsbetrag 2013	-
Haushaltsbetrag 2014	-
Vorbehalten bleiben	270,0

Die verschlissene Haftraumausstattung und der überalterte und reparaturanfällige Maschinenpark der Anstaltswäscherei der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld müssen erneuert werden

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 33-0	056	Ausstattung der neu zu errichtenden Sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewaltstraftäter, der neu zu errichtenden Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten sowie damit verbundener Maßnahmen	350,0	350,0	A	450,0
					B	261,1
					C	73,8
812 34-9	056	Erst- und Neuausstattung der neuen Werkhalle in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	---	---	A	---
					B	0,5
					C	96,0
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	35,0	35,0	A	---
812 40-1	056	Erstausrüstung des neuen Hauses für Sicherungsverwahrte in der Justizvollzugsanstalt Straubing	750,0	---	A	800,0
812 42-9	056	Teilneuausstattung der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Straubing	---	---	A	---
812 43-8	056	Optimierung des Betriebsablaufs durch Zusammenlegung der Schreinerei und der EDV-Möbelfertigung in der Justizvollzugsanstalt Straubing	---	---	A	---

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/812 33</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	1.711,1
Haushaltsbetrag 2013	350,0
Haushaltsbetrag 2014	350,0
Vorbehalten bleiben	1.889,0
Durch den Ausbau des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten und der Einrichtungen für sozialtherapeutische Maßnahmen soll das Behandlungsangebot in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.	

2013 gegenüber 2012:  
Weniger 100,0 Tsd. € wegen Einsparmaßnahmen.

<b>Zu 04 05/812 34</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.600,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	1.230,0
Haushaltsbetrag 2013	-
Haushaltsbetrag 2014	-
Vorbehalten bleiben	370,0
Die Werkhalle in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech muss der technischen Entwicklung entsprechend fortlaufend neu ausgestattet werden.	

<b>Zu 04 05/812 37</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	1.584,8
Haushaltsbetrag 2013	35,0
Haushaltsbetrag 2014	35,0
Vorbehalten bleiben	345,2
Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.	

<b>Zu 04 05/812 40</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	800,0
Haushaltsbetrag 2013	750,0
Haushaltsbetrag 2014	-
Vorbehalten bleiben	450,0
Das Haus für Sicherungsverwahrte auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Straubing muss ausgestattet werden (Inbetriebnahme am 1. Juni 2013).	

2013 gegenüber 2012:  
Weniger 50,0 Tsd. € wegen Einsparmaßnahmen.

<b>Zu 04 05/812 42</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	800,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2013	-
Haushaltsbetrag 2014	-
Vorbehalten bleiben	-
Der Druckereibetrieb der Justizvollzugsanstalt Straubing muss zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit teilweise neu ausgestattet werden.	

<b>Zu 04 05/812 43</b>	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	750,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2013	-
Haushaltsbetrag 2014	-
Vorbehalten bleiben	-
Durch die Zusammenlegung der Betriebe Schreinerei und EDV-Möbelfertigung der Justizvollzugsanstalt Straubing zur Optimierung der Betriebsabläufe muss der Maschinenpark ergänzt und teilweise erneuert werden.	

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.300,0	1.300,0	A	1.700,0
					B	1.705,5
					C	2.433,3
<u>812 49-2</u>	056	Erneuerung der Videoüberwachungsanlagen in den Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 750,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 750,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	90,0	90,0	A	
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 520 01.</i>	1.041,2	1.000,2	A	958,0
					B	917,0
					C	876,7
823 12-2	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	---	A	---
<b>Titelgruppen</b>						
<b>71 Versorgung der Gefangenen</b>						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	55,0	55,0	A	55,0
					B	47,3
					C	49,5
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	850,0	850,0	A	850,0
					B	672,5
					C	697,9
511 71-7	056	Bekleidung, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Geräte, Bücher und Zeitschriften	3.200,0	3.200,0	A	2.900,0
					B	3.372,7
					C	3.643,4
514 71-4	056	Lebensmittel und Medikamente sowie andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	16.100,0	16.100,0	A	15.500,0
					B	16.622,8
					C	15.926,0

## Erläuterungen

**Zu 04 05/812 48**

Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung von Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Geräten, insbesondere von Personen-Notsignal-Anlagen soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 400,0 Tsd. € wegen Einsparmaßnahmen. Die Ausgabemittel sind vorgesehen insbesondere für die Beschaffung von Personen-Notsignal-Anlagen in den Justizvollzugsanstalten Aichach, Bamberg, Nürnberg, Passau, Würzburg sowie den Kauf des zur Mobilfunkunterdrückung pilotierten Systems.

**Zu 04 05/812 49**

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.500,0
Bis einschließlich 2012 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2013	90,0
Haushaltsbetrag 2014	90,0
Vorbehalten bleiben	2.320,0

Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Videoanlagen zur Überwachung der Außenfassaden, Dächer sowie weiterer sicherheitsrelevanter Bereiche entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert werden.

**Zu 04 05/823 10**

Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP) realisiert. Die hier veranschlagten Raten umfassen nur die investiven Kosten (Tilgungsanteil). Die Raten für den Zinsanteil und die Betriebskosten sind bei Tit. 520 01 veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 42,2 Tsd. € wegen des Anstiegs der jährlichen Tilgungsrate (vgl. Erläuterung zu Tit. 520 01).

2014 gegenüber 2013:

Mehr 41,0 Tsd. € wegen des Anstiegs des Tilgungsanteils.

**Zu 04 05/823 12**

Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und hohe Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

**Zu 04 05/412 71**

Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

**Zu 04 05/427 71**

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

**Zu 04 05/511 71**

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Bücher und Zeitschriften	50,0	50,0
2. Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 12.300 Gefangene	1.700,0	1.700,0
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.400,0	1.540,0
4. Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	3.200,0	3.200,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 300,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 04 05/514 71**

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen für durchschnittlich 12.300 Gefangene	15.500,0	15.500,0
Sonstige Kleinausgaben	600,0	600,0
Zusammen	16.100,0	16.100,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	450,0	450,0	A	450,0
					B	399,8
					C	496,1
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/271 01.</i>	260,0	260,0	A	260,0
					B	702,3
					C	375,8
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	7.190,0	7.190,0	A	6.640,0
					B	7.482,9
					C	7.483,4
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	510,0	510,0	A	510,0
					B	524,5
					C	566,2
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	175,0	175,0	A	175,0
					B	147,2
					C	155,1
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern des höheren Dienstes verstärkt werden.</i>	550,0	550,0	A	550,0
					B	1.214,3
					C	1.016,1
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.000,0	1.000,0	A	800,0
					B	763,2
					C	857,9
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	30.340,0	30.340,0	A	28.690,0
					B	31.949,6
					C	31.267,4
		<b>72 Arbeitsbetriebskosten</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 681 72, 682 72 und 701 72. Titel 427 72 einseitig deckungsfähig mit 681 72 und 682 72. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	240,0	240,0	A	225,0
					B	250,7
					C	246,8
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.518,0	1.518,0	A	1.518,0
					B	1.450,3
					C	1.362,8

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/526 71</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
Entschädigungen für Beiratsmitglieder	15,0	15,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten	400,0	400,0
Andere Sachverständigengutachten (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)	35,0	35,0
Zusammen	450,0	450,0

**Zu 04 05/538 71**

Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 550,0 Tsd. € wegen des nicht steuerbaren Anstiegs an schwersterkrankten Gefangenen.

**Zu 04 05/546 71**

Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen. Hieraus können auch Vermittlungsmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe" finanziert werden.

**Zu 04 05/547 71**

Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die urheberrechtlichen Vergütungen für den Empfang privater Fernseh- und Hörfunksendungen.

Zum 1. Januar 2013 trifft der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft. Die damit verbundenen Änderungen bei der Berechnung der Höhe des künftig zu entrichtenden Rundfunkbeitrages führen voraussichtlich nicht zu deutlichen Einsparungen.

**Zu 04 05/671 71**

Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

**Zu 04 05/812 71**

Mit den Mitteln werden Geräte und Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung sowie für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen beschafft.

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Geräte und Anlagen für	Tsd. €	Tsd. €
- die medizinische Betreuung der Gefangenen	150,0	30,0
- die Anstaltswäschereien	250,0	270,0
- die Anstaltsküchen	500,0	550,0
- sonstige Geräte und Maschinen mit Kosten über 5,0 Tsd. € im Einzelfall	100,0	150,0
Zusammen	1.000,0	1.000,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge erhöhten Bedarfs.

**Zu 04 05/72**

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei Titel 125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

**Zu 04 05/427 72**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 15,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge <i>Vgl. Vermerk zu 125 01.</i>	11.229,6	11.229,6	A	11.094,0
					B	11.902,5
					C	10.933,7
518 72-9	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	22,8	22,8	A	15,4
					B	16,0
					C	16,0
526 72-9	056	Forschungsaufträge zur Neuorganisation des Arbeitswesens	---	---	A	---
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	47,1	47,1	A	47,1
					B	34,8
					C	35,4
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung	450,0	450,0	A	400,0
					B	475,1
					C	423,7
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	807,5	807,5	A	807,5
					B	778,2
					C	771,7
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	---	---	A	---
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 682 72.</i>	14.300,0	14.300,0	A	14.140,0
					B	14.422,3
					C	14.064,4
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß Art. 206 BayStVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	4.350,0	4.350,0	A	4.300,0
					B	4.340,1
					C	3.992,4

## Erläuterungen

<b>Zu 04 05/514 72</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	305,0	305,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	205,0	205,0
Zusammen		<u>510,0</u>	<u>510,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		510,0	510,0
Personalausgaben		-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		513,0	408,0
Ausgaben für Leasing/Miete		15,4	15,4
Zusammen		<u>1.038,4</u>	<u>933,4</u>

<b>Bestand an Dienstfahrzeugen:</b>	<b>Soll 2013</b>	<b>Soll 2014</b>	<b>Soll 2012</b>	<b>am 1.2.2012 gesamt</b>	<b>davon geleast/ gemietet</b>
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	28	28	28	28	-
Nutzfahrzeuge	95	95	95	95	1

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
<b>Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe</b>	11.229,6	11.229,6

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Mehr für die Beschaffung von Werkstoffen zur Produktion von Fertigwaren, welche über den Online-Shop der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten vertrieben werden	85,6	85,6
Mehr infolge verbesserter Auftragslage	50,0	50,0
Zusammen	<u>135,6</u>	<u>135,6</u>

**Zu 04 05/518 72**  
Leasingkosten für einen Ackerschlepper.

**Zu 04 05/533 72**  
2013 gegenüber 2012:  
Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

**Zu 04 05/547 72**  
Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u.a., sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten.  
Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

**Zu 04 05/681 72**  
Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichsentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG),
- Taschengeld für Untersuchungsgefangenen (BayUhaftVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

Siehe Erläuterungen zu TG 72.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 160,0 Tsd. € wegen Erhöhung der Beschäftigungszahlen der Gefangenen infolge der verbesserten allgemeinen Wirtschaftslage

**Zu 04 05/682 72**  
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 1 Nr.4, Abs. 2 Nr.1 SGB III) sowie Beitragsanteile der Bayerischen Landesunfallkasse. Die Ansätze entsprechen dem voraussichtlichen Bedarf.

2013 gegenüber 2012:  
Mehr 50,0 Tsd. € infolge Erhöhung der gesetzlich vorgeschriebenen Beschäftigung der Gefangenen auf Grund der verbesserten allgemeinen Wirtschaftslage.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.280,0	1.280,0	A B C	1.280,0 1.293,7 2.482,5

## Erläuterungen

**Zu 04 05/701 72**

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung eines Zuchtschweinestalles und eines Güllebehälters.	500,0	475,0
2. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Bäckereibetrieb).	650,0	-
3. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der raumluftechnischen Anlagen (Weberei- und Druckereibetrieb).	-	265,0
4. Justizvollzugsanstalt München; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Bäckereibetrieb).	-	250,0
5. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Einbau einer Schweißgasabsauganlage (Schlosserei II).	-	100,0
6. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung der Brandmeldeanlage (Arbeitsbetriebsgebäude).	130,0	80,0
7. Justizvollzugsanstalt Schweinfurt; Einbau eines Lastenaufzugs.	-	110,0
Zusammen	1.280,0	1.280,0

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A Soll 2012 B Ist 2011 C Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	298,7	298,7	A 248,7 B 221,2 C 271,5

## Erläuterungen

## Zu 04 05/811 72

## 2013

Tsd. €

## 1. Erstbeschaffung

Ackerschlepper

83,7

## 2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Pflugeschlepper, 88 kW, Baujahr 1992

Transporter, 90 kW, Baujahr 1998

Ackerschlepper, 75 kW, Baujahr 1995

Schlepper, 85 kW, Baujahr 1985

Lkw Sprinter, 90 kW, Baujahr 1995

Transporter, 90 kW, Baujahr 1998

Pkw-Kombi, Baujahr 1998

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Pflugeschlepper, 95 kW

80,0

Transporter 95 kW

35,0

Schlepper, 75 kW

-

Schlepper, 85 kW

60,0

Lkw Sprinter, 90 kW

-

Transporter, 90 kW

40,0

Pkw-Kombi

-

Zusammen 298,7

## 2014

## 1. Erstbeschaffung

-

## 2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Schlepper, 112 kW, Baujahr 1996

Transporter, 90 kW, Baujahr 1998

Lkw, 112 kW, Baujahr 2000

Pkw-Kombi, 80 kW, Baujahr 2004

Pkw-Kombi, 62 kW, Baujahr 1998

Geräteträger, 39 kW, Baujahr 1992

Kommunaltraktor, 25 kW, Baujahr 1996

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Schlepper, 112 kW

90,0

Transporter, 90 kW

35,0

Lkw, 110 kW

53,0

Pkw-Kombi, 80 kW

32,0

Pkw-Kombi, 75 kW

-

Geräteträger, 75 kW

53,7

Kommunaltraktor, 32 kW

35,0

Zusammen 298,7

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	962,4	962,4	A	812,4
					B	940,9
					C	990,4
821 72-1	056	Erstattungen an Unternehmer für Investitionen	9,0	9,0	A	9,0
					B	9,0
					C	9,0
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	35.515,1	35.515,1	A	34.897,1
					B	36.134,8
					C	35.600,4
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.170,0	1.300,0	A	1.100,0
					B	615,7
					C	745,1
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	75,0	75,0	A	71,1
					B	97,6
					C	75,0
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	50,0	50,0	A	50,0

## Erläuterungen

**Zu 04 05/812 72**

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für		
- Bäckereien	40,0	95,0
- Baubetriebe	35,0	45,0
- Druckereien und Buchbindereien	100,0	90,0
- Gärtnereien	112,4	70,0
- Kfz-Werkstätten	35,0	35,0
- Landwirtschaftsbetriebe	120,0	122,4
- Schlossereien	120,0	165,0
- Schneidereien	50,0	30,0
- Schreinereien	120,0	130,0
- Wäschereien	40,0	20,0
- Webereien	50,0	20,0
- Arbeitsräume	70,0	70,0
- Allgemeine Ausstattungen	70,0	70,0
Zusammen	962,4	962,4

2013 gegenüber 2012:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 04 05/821 72**

Erstattungen an Unternehmer, insbesondere im Falle der Übernahme betrieblicher Anlagen, die von Unternehmen auf eigene Kosten im Anstaltsbereich errichtet wurden.

**Zu 04 05/99**

1. In allen 36 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
  - Informationssystem über Gefangenendaten mit Auswertefunktion  
Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenendaten mit integrierten, aufgabebezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
  - Gefangenengelderbuchführung
  - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
  - Führung der Beschäftigungsübersicht
  - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
  - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
  - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.

Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausrüstung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.

Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.

Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.

2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft) und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.

**Zu 04 05/511 99**

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	600,0	680,0
2. Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	480,0	525,0
3. Mieten und Wartung	70,0	75,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	1.170,0	1.300,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 70,0 Tsd. € für die Vorbereitung des Leitungsnetzes zur Einführung einer IT-gestützten Dienstplanung im Verfahren Bayzeit.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 130,0 Tsd. € für die Fortführung der Vorbereitung des Leitungsnetzes zur Einführung einer IT-gestützten Dienstplanung im Verfahren Bayzeit.

**Zu 04 05/514 99**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 3,9 Tsd. € wegen Preissteigerungen.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	75,0	75,0	A	77,0
					B	5,2
					C	6,3
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmberater, EDV-Gutachter	120,0	70,0	A	123,3
					B	43,1
					C	26,7
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	71,1	71,1	A	71,1
535 99-7	056	Miete für Software	---	---	A	---
815 99-8	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	430,0	430,0	A	221,3
					B	949,3
					C	390,6
981 99-6	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen anderer Staatsbehörden oder öffentlich-rechtlicher Einrichtungen	***	***	A	200,0
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	1.991,1	2.071,1	A	1.913,8
					B	1.711,0
					C	1.243,8
		<b>Gesamtausgaben</b>	382.649,9	379.681,3	A	373.057,8
					B	338.633,5
					C	331.570,9

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 05/525 99**

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 2,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

**Zu 04 05/526 99**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 3,3 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 50,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung von neu geschaffenen Planstellen im Bereich des Justizvollzuges.

**Zu 04 05/815 99**

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 208,7 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 04 05/981 99**

Ausgaben für den Rechenzentrumsbetrieb im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Datenverarbeitung in der bayerischen Staatsverwaltung.

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Rechenzentrum Nord auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 06 04 Tit. 381 60.

**04 05 Justizvollzugsanstalten**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
<b>Abschluss</b>						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	46.796,7	46.776,7	A	46.413,0
					B	47.870,0
					C	47.988,9
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	315,0	315,0	A	300,0
					B	809,3
					C	775,1
		<b>Gesamteinnahmen</b>	47.111,7	47.091,7	A	46.713,0
					B	48.679,3
					C	48.764,1
		Personalausgaben	215.531,8	219.077,8	A	211.862,8
					B	202.421,7
					C	198.630,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	78.901,2	78.941,2	A	76.730,2
					B	78.944,5
					C	78.191,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	19.913,6	19.900,0	A	19.494,6
					B	20.376,0
					C	19.449,2
		Baumaßnahmen	59.425,3	52.925,3	A	57.300,0
					B	29.142,7
					C	27.042,6
		Sonstige Sachinvestitionen	8.878,0	8.837,0	A	7.470,2
					B	7.748,6
					C	8.257,2
		Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	A	200,0
					B	-
					C	-
		<b>Gesamtausgaben</b>	382.649,9	379.681,3	A	373.057,8
					B	338.633,5
					C	331.570,9
		<b>Zuschuss</b>	335.538,2	332.589,6	A	326.344,8
					B	289.954,2
					C	282.806,8



**04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
119 49-8	681	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
					B	25,4
					C	0,4
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-7	165	Zuweisungen des Bundes zur Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A	---
<b>Gesamteinnahmen</b>			-	-	A	-
					B	25,4
					C	0,4
<b>Ausgaben</b>						
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
526 21-7	165	Kosten für die Erteilung von Studien, Gutachten und Forschungsaufträgen <i>Zu 526 21, 683 01, 686 01 und 815 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01. Aus dem Ansatz können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 sowie der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39 verstärkt werden. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 265,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 265,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	244,3	244,3	A	294,3
					B	11,0
					C	110,7
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>						
683 01-0	165	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben <i>Aus dem Ansatz können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 sowie der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39 verstärkt werden. Vgl. Vermerk zu 526 21. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 155,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 155,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	130,0	130,0	A	165,3
					B	2,3
					C	0,2

---

**Erläuterungen**

---

**Vorbemerkung zu Kapitel 04 07**

Kosten für die Initiativen im Verbraucherschutz; insbesondere Information, Bildung, Beratung und verbraucherbezogene Forschung.

**Zu 04 07/119 49**

Insbesondere zur Vereinnahmung von Rückflüssen aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

**Zu 04 07/231 01**

Zuschüsse des Bundes für Untersuchungen, Forschungsvorhaben usw.  
Die vereinnahmten Beträge werden bei Tit. 526 21 verausgabt.

**Zu 04 07/526 21**

Die Mittel dienen der Durchführung von Studien und Untersuchungen, die für die politischen und fachlichen Entscheidungen erforderlich sind (vgl. auch Erläuterung zu Tit. 683 01). Gegenseitige Deckungsfähigkeit mit Tit. 683 01 für den bedarfsgerechten Einsatz der veranschlagten Mittel.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Umschichtung zugunsten Tit. 686 01.

**Zu 04 07/683 01**

Veranschlagt sind Mittel zur Beteiligung an wissenschaftlichen Veranstaltungen, Forschungsvorhaben, Kongressen sowie sonstigen Veranstaltungen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 35,3 Tsd. € wegen Umschichtung zugunsten Tit. 686 01.

**04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
686 01-7	651	Förderung der Verbraucheraufklärung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 52, 53 und 55. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.849,9	2.549,9	A	2.125,3
					B	2.718,4
					C	2.645,8
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
815 01-1	681	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software für das Verbraucherinformationssystem <i>Vgl. Vermerk zu 526 21 und 686 01. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 52, 53 und 55.</i>	138,8	138,8	A	177,8
					B	5,0
					C	70,0

## Erläuterungen

**Zu 04 07/686 01**

Die Mittel sind bestimmt für Maßnahmen zur Information der Verbraucher über Marktvorgänge und marktgerechtes Verhalten. Sie können insbesondere als Zuschüsse an Verbraucherorganisationen einschl. Wohnberatungsstellen gewährt werden, ohne deren Mitwirkung Verbraucheraufklärung nicht betrieben werden kann. Die Verbraucherorganisationen nehmen hierbei die Belange der Verbraucher hauptsächlich wahr durch Vertretung der Verbraucherinteressen, durch objektive Beratung, Aufklärung, Information und Schulung der Verbraucher als Marktpartner der gewerblichen Wirtschaft hinsichtlich rationeller Einkommensverwendung, richtigen Haushaltens und markt- und umweltgerechten Verhaltens sowie durch Beteiligung an Schlichtungsstellen. Außerdem ist eine Schulung und Weiterbildung der Beratungskräfte der Verbraucherorganisationen erforderlich.

2013 gegenüber 2012:

624,6 Tsd. €	mehr wegen Stellenmehrungen und Stärkung der Verbraucherarbeit,
100,0 Tsd. €	mehr lt. Beschluss des Bayer. Landtags vom 8. November 2012,
724,6 Tsd. €	mehr.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 300,0 Tsd. €, Anpassung an den Ausgabebedarf.

**VerbraucherService Bayern im KDFB e.V., Dachauer Str. 5, 80335 München****Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan (Institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Istergebnis 2011 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>				
1. Personalausgaben	706,7	706,7	596,7	585,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	245,0	245,0	196,0	195,0
3. Zuweisungen und Zuschüsse	0,5	0,5	0,5	0,5
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
5. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	952,2	952,2	793,2	780,5
<b>Einnahmen</b>				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	312,0	315,0	312,6	306,6
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	6,0	6,0	5,6	5,6
3. Zuwendungen des Landes	634,2	631,2	475,0	468,3
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	-
Zusammen	952,2	952,2	793,2	780,5

**Personalsoll: 17,2 Arbeitnehmer**

**Verbraucherzentrale Bayern e.V. Mozartstr. 9, 80336 München****Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan (Institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Istergebnis 2011 Tsd. €
<b>Ausgaben</b>				
1. Personalausgaben	1.870,0	1.870,0	1.760,0	1.750,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	625,0	625,0	616,4	613,4
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,6	0,6	0,6	0,6
4. Ausgaben für Investitionen	20,0	20,0	20,0	20,0
5. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	2.515,6	2.515,6	2.397,0	2.384,0
<b>Einnahmen</b>				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	442,0	445,0	439,0	435,0
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	30,0	30,0	28,0	28,0
3. Zuwendungen des Landes	2.043,6	2.040,6	1.930,0	1.921,0
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	-
Zusammen	2.515,6	2.515,6	2.397,0	2.384,0

**Personalsoll: 35,5 Arbeitnehmer**

**Zu 04 07/815 01**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 39,0 Tsd. € wegen Umschichtung zugunsten Tit. 686 01.

**04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>52 Allgemeine Verbraucherschutzmaßnahmen</b>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>TG 52, 53 und 55 gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk zu 686 01.</i>				
531 52-2	681	Fachveröffentlichungen	79,5	79,5	A	79,5
					B	8,4
					C	1,4
536 52-7	681	Kosten des Verbraucherbeirats	18,8	18,8	A	18,8
					B	4,7
					C	18,4
540 52-1	681	Veranstaltungskosten	154,2	154,2	A	104,2
					B	11,7
					C	6,6
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	252,5	252,5	A	202,5
					B	24,8
					C	26,4
		<b>53 Verbraucherschutzinitiativen</b>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk zu 686 01 und TG 52.</i>				
		<i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 01 TG 99.</i>				
526 53-8	681	Bürgergutachten	---	---	A	---
536 53-6	681	Verbraucherschutzpreis	38,2	38,2	A	38,2
540 53-0	681	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
547 53-3	681	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					C	1,2
684 53-6	681	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	177,6	177,6	A	177,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	590,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>			C	687,9
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
685 53-5	651	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	529,5	529,5	A	629,8
686 53-4	681	Zuschüsse an Sonstige	250,0	250,0	A	300,0
					B	109,6
					C	241,9
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	995,3	995,3	A	1.145,6
					B	700,1
					C	931,0
		<b>55 Digitale Bürger- und Mitarbeiterinformationssysteme</b>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk zu 686 01 und TG 52.</i>				
526 55-6	681	Kosten für Sachverständige	24,7	24,7	A	24,7
					B	21,1
					C	5,4

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 04 07/52**

Veranschlagt ist der Bedarf für

- Fachveröffentlichungen,
- den Verbraucherbeirat,
- Informationsveranstaltungen (z.B. Aktionstage).

**Zu 04 07/540 52**

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen steigenden Ausgaben für Veranstaltungen.

**Zu 04 07/53**

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Entwicklung und Umsetzung neuer Verbraucherschutzinitiativen, u.a. in Zusammenarbeit mit den Verbraucherverbänden. Dazu zählen insbesondere:

- Auslobung eines Verbraucherschutzpreises
- Förderung von innovativen Vorhaben der Verbraucherarbeit
- Reaktion auf aktuelle Themen.

Aus der TG 53 werden zudem Zuschüsse für Pilotprojekte zum Verbraucherschutz finanziert.

**Zu 04 07/685 53**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 100,3 Tsd. € wegen Umschichtung zugunsten Tit. 686 01.

**Zu 04 07/686 53**

2013 gegenüber 2012:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Umschichtung zugunsten Tit. 686 01.

**Zu 04 07/55**

Veranschlagt sind die Aufwendungen zur Weiterentwicklung und Pflege der Bürgerinformationssysteme.

Geplant sind insbesondere:

- Fortführung und Weiterentwicklung des Verbraucherinformationssystems (VIS)
- Fortführung und Weiterentwicklung der Internetangebote.

**04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
547 55-1	681	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	44,4	44,4	A	44,4
					B	10,0
					C	32,2
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	69,1	69,1	A	69,1
					B	31,1
					C	37,6
		<b>Gesamtausgaben</b>	4.679,9	4.379,9	A	4.179,9
					B	3.492,7
					C	3.821,7
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	-
					B	25,4
					C	0,4
		<b>Gesamteinnahmen</b>	-	-	A	-
					B	25,4
					C	0,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	604,1	604,1	A	604,1
					B	66,9
					C	175,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.937,0	3.637,0	A	3.398,0
					B	3.420,8
					C	3.575,9
		Sonstige Sachinvestitionen	138,8	138,8	A	177,8
					B	5,0
					C	70,0
		<b>Gesamtausgaben</b>	4.679,9	4.379,9	A	4.179,9
					B	3.492,7
					C	3.821,7
		<b>Zuschuss</b>	4.679,9	4.379,9	A	4.179,9
					B	3.467,3
					C	3.821,3

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
<b>Abschluss Epl. 04</b>						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	905.138,2	924.718,2	A	856.970,3
					B	883.014,3
					C	788.240,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.356,0	1.356,0	A	1.341,0
					B	3.126,3
					C	4.658,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	-
					B	2.230,7
					C	14.740,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	906.494,2	926.074,2	A	858.311,3
					B	888.371,3
					C	807.638,9
		Personalausgaben	1.285.588,0	1.318.124,4	A	1.231.925,4
					B	1.183.452,2
					C	1.168.761,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	568.915,3	573.040,8	A	541.392,0
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	56.174,1		B	532.958,2
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	50.260,8		C	528.401,6
		Ausgaben für den Schuldendienst	400,0	400,0	A	400,0
					B	358,3
					C	364,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	32.547,8	32.434,2	A	31.208,8
					B	30.821,7
					C	32.349,5
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	3.440,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	3.849,2			
		Baumaßnahmen	100.468,9	97.468,9	A	81.343,6
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	96.100,0		B	48.673,9
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	100.100,0		C	56.692,4
		Sonstige Sachinvestitionen	26.526,5	24.995,5	A	21.424,7
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	47.497,0		B	17.820,3
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	7.850,0		C	23.068,6
		Besondere Finanzierungsausgaben	3.039,6	3.533,0	A	426,7
					B	3.735,6
					C	8.188,3
		<b>Gesamtausgaben</b>	2.017.486,1	2.049.996,8	A	1.908.121,2
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	203.211,1		B	1.817.820,2
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	162.060,0		C	1.817.827,1
		<b>Zuschuss</b>	1.110.991,9	1.123.922,6	A	1.049.809,9
					B	929.448,9
					C	1.010.188,1

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2013		2014	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<b>04 01</b>					
547 01	Internationaler Rechtskongress in München	---	150,0	---	-
<b>04 02</b>					
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	160,0	100,0	160,0	100,0
<b>04 04</b>					
511 01	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.615,4	800,0	13.345,4	800,0
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	20.516,6	-	25.516,6	42.000,0
525 01	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer	2.682,9	2.000,0	2.532,9	2.000,0
671 02	Erstattung von Ausgaben der Bundesnotarkammer	46,0	230,0	46,0	-
685 01	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern"	210,0	630,0	210,0	-
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	1.847,7	2.255,0	2.047,7	3.524,2
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	10.383,6	8.000,0	8.383,6	8.000,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.600,0	2.000,0	2.373,4	2.000,0
812 14	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	350,0	385,0	350,0	-
812 15	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	500,0	106,0	300,0	-
812 25	Teilneuausstattung Justizbehörden München	400,0	614,0	300,0	-
812 29	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Hof	---	679,0	679,0	-
812 31	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	1.618,0	50,0	1.618,0	50,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	3.157,5	699,1	3.157,5	2.195,8
526 99	Ausgaben für Sachverständige	12.398,0	47.660,0	12.198,0	-
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	3.572,1	1.600,0	3.572,1	-
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	11.309,4	35.813,0	9.819,4	-
<b>04 05</b>					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6.466,5	3.000,0	6.466,5	3.000,0

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2013		2014	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<b>04 05</b>					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	7.645,3	6.000,0	6.645,3	6.000,0
812 03	Neubau eines Versorgungszentrums mit Küche, Bäckerei und Wäscherei in der Justizvollzugsanstalt Aichach	250,0	750,0	306,7	-
812 08	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen	600,0	3.000,0	800,0	3.000,0
812 13	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	---	950,0	---	900,0
812 24	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	806,7	1.400,0	1.300,0	150,0
812 48	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	1.300,0	1.000,0	1.300,0	1.000,0
812 49	Erneuerung der Videoüberwachungsanlagen in den Justizvollzugsanstalten	90,0	750,0	90,0	750,0
	<b>72 Arbeitsbetriebskosten</b>				
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	1.280,0	1.000,0	1.280,0	1.000,0
<b>04 07</b>					
526 21	Kosten für die Erteilung von Studien, Gutachten und Forschungsaufträgen	244,3	265,0	244,3	265,0
683 01	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben	130,0	155,0	130,0	155,0
	<b>53 Verbraucherschutzinitiativen</b>				
684 53	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	177,6	170,0	177,6	170,0
<b>Epl. 04</b>					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	81.000,0	81.000,0	81.000,0	85.000,0
	<b>Summe der Verpflichtungsermächtigungen:</b>		203.211,1		162.060,0



## Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall  
für den Bereich des

### Epl. 04

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2011 verausgabt Mio. €
<b>Festgesetzte Baumaßnahmen</b>	<b>39</b>	<b>804,3</b>	<b>487,8</b>
<i>davon wegfallend ab 2013</i>	6	67,6	63,8
<i>wegfallend ab 2014</i>	3	132,0	130,3
<b>Planungstitel</b>	<b>19</b>		
<i>davon neu aufgenommen</i>	6		

2012 standen 70,5 Mio. € zur Verfügung.

Darüber hinaus standen Verstärkungsmittel (Kap. 13 03 Tit. 710 01) i.H.v. 16,0 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.
4. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
<b>04 04</b>		<b>Gerichte und Staatsanwaltschaften</b>				
710 35-4	051	Strafjustizzentrum in München, Nymphenburger Straße 16/ Linprunstraße 25 Generalsanierung Bauteil C und vorgezogener Brandschutz Bauteile A und B	1.000,0	---	A	500,0
					B	498,8
					C	1.117,0
710 41-6	051	Neubau eines Ziviljustizentrums in München, Seidlstraße 13-15 - Planung -	---	---	A	---
					C	3,2
710 42-5	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.800,0	A	1.800,0
					B	5.067,0
					C	4.379,1
710 50-4	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	1.789,9
					C	1.528,1
711 01-3	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München (Strafjustizzentrum) - Planung - Die Erteilung des Planungsauftrags bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags. <i>Grundstockfinanziert 2013.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 8.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.000,0	7.000,0	A	5.864,0
711 02-2	051	Staatseigenes Anwesen in München, Erzgießereistraße 14 Umbau für Zwecke der Justiz - Planung -	***	***	A	---
711 05-9	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für Verfahren mit höchster Sicherheitsstufe und einer Einfachturnhalle auf dem umwehrten Gelände der JVA München-Stadelheim <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.700,0	3.000,0	A	---
					B	101,8
712 51-1	051	Zentraljustizgebäude in Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1 Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	***	***	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
27.05.2003 08.10.2008	20.700,0	16.335,5		- Die Baumaßnahmen im Bauteil C wurden fertig gestellt. Mit den veranschlagten Mitteln werden die Sanierung abgerechnet und dringend notwendige Brandschutzmaßnahmen zur Personenrettung (Sprinkleranlage) im Bauteil A/B durchgeführt.
-	-	-		- Die Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München ist ungenügend. Für Mietobjekte müssen jährlich fast 4,5 Mio. € aufgewendet werden. Auf dem vom Freistaat Bayern erworbenen Grundstück Seidlstraße 13-15 soll ein Neubau zur Aufnahme der Zivilgerichtsbarkeit des Landgerichts München I und des Landgerichts München II sowie für die Referendarausbildung errichtet werden. Nachdem ein europaweit ausgeschriebener Architektenwettbewerb durchgeführt wurde, soll der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Entwurf realisiert werden. Es liegt eine HU-Bau mit im Februar 2004 festgesetzten Kosten von 75.200,0 Tsd. € vor.
16.10.2007 08.11.2010	28.500,0	13.216,8	7.483,2	Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die Baumaßnahmen des 1. Bauabschnitts fortgeführt und die Planung des 2. Bauabschnitts abgeschlossen werden.
19.10.2007	7.250,0	4.339,6		- Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die Baumaßnahmen des 1. Bauabschnitts und die Planung des 2. Bauabschnitts abgeschlossen werden.
-	-	-		- Im Verlauf der im Jahr 2004 begonnenen Sanierungsarbeiten im Bauteil C des Strafjustizentrums München, Nymphenburger Straße 16/Linprunstraße 25 hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung auch der Bauteile A und B nicht mehr mit vertretbaren Kosten erfolgen kann. Es muss deshalb ein Ersatzneubau errichtet werden, der groß genug ist um dort die Strafgerichtsbarkeit (Oberlandesgericht München, Landgerichte München I und II, Amtsgericht München) und die Staatsanwaltschaften München I und II aufzunehmen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-		- Die Baumaßnahme kommt nicht zur Ausführung. Der Titel kann entfallen.
30.05.2012	12.420,0	-		- In München besteht dringender Bedarf an Sitzungssaalkapazitäten mit höchster Sicherheitsstufe für die Durchführung von Verfahren im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus, in Staatsschutzsachen und gegen Mitglieder der Organisierten Kriminalität. Aus Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsgründen sollen diese Sitzungssäle nicht im neuen Strafjustizzentrum (s. Tit. 04 04/711 01) realisiert werden, sondern im umwehrten Bereich der JVA München-Stadelheim. Der dafür vorgesehene Standort war nach der Gesamtausbauplanung an sich für die Errichtung einer Mehrfachturnhalle vorgesehen. Nunmehr ist nur noch der Bau einer Einfachturnhalle möglich. Die Planung des Sitzungssaalgebäudes und der unmittelbar benachbarten Einfachturnhalle muss gleichzeitig erfolgen, um jedes Sicherheitsrisiko auszuschließen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme zu Ende geplant und begonnen werden.
25.10.1994 04.01.1996	18.940,8	15.226,4		- Der 1. und 2. Bauabschnitt sind abgeschlossen.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>04 04</b>						
714 01-0	051	Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim - z. T. Planung -	---	---	A B C	--- 107,5 2.093,0
725 02-6	051	Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Am Alten Einlaß 1 in Augsburg - z. T. Planung -	***	***	A	---
<u>725 03-5</u>	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Memmingen - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	2.000,0	A	
726 31-0	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht in Günzburg - Planung - <i>Grundstockfinanziert 2013.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	5.700,0	A	---
727 01-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm	900,0	---	A B C	1.700,0 596,8 1.210,0
730 35-0	051	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	2.000,0 1.911,9 3.667,9
<u>730 40-3</u>	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes auf dem ehemaligen VAG-Gelände in Nürnberg - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	4.000,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
14.06.2007 04.02.2010	4.300,0	4.256,4	-	- Die Unterbringungsverhältnisse des Amtsgerichts Rosenheim sind sehr beengt. Eine Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes Bismarckstraße 1 auf dem vorhandenen Grundstück ist nicht mehr möglich. Aus diesem Grund wird an der Kufsteiner Straße ein Neubau für das Amtsgericht errichtet. Die Baumaßnahme soll in Bauabschnitten geplant und durchgeführt werden. In einer 1. Teilbaumaßnahme wurden Räume für das Grundbuchamt und das Vormundschaftsgericht geschaffen. Dadurch konnte die Unterbringungssituation der Justiz in Rosenheim verbessert werden. Der Teilneubau ist so gestaltet, dass in Zukunft die Erweiterung zu einem zentralen Justizgebäude erfolgen kann. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Die Planung für den 2. Bauabschnitt ist vorläufig zurückgestellt.
17.04.2001 04.04.2003	4.030,0	4.029,9	-	- Der 1. Teilbauabschnitt ist abgeschlossen.
-	-	-	-	- Das Amtsgerichtsgebäude in der Buxacher Straße 6 besteht aus zwei Gebäudeteilen. Dem Altbau von 1905 und einem Erweiterungsbau aus dem Jahr 1962. Dieser ist in einem solch schlechten Zustand, dass er abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden soll. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Günzburg ist derzeit in dem überwiegend vom Finanzamt Günzburg genutzten staatseigenen Teil und in Mieträumen im städtischen Teil des Schlosses sowie in einem weiteren Mietobjekt untergebracht. Da sowohl das Finanzamt Günzburg als auch die Stadt Günzburg für die jetzt vom Amtsgericht belegten Räume im Schloss Eigenbedarf angekündigt haben, soll für das Amtsgericht Günzburg ein Neubau errichtet werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden.
16.01.2007 03.11.2011	10.090,0	7.149,3	-	- Das Amtsgericht Neu-Ulm ist sehr beengt und in räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden untergebracht. Durch den Umbau von zwei staatseigenen Gebäuden, die im Zuge der Verwaltungsreform und aufgrund von Neubaumaßnahmen frei wurden, konnten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das Amtsgericht wieder an einem Ort zusammenzuführen und die Mieträume aufzugeben. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme abgeschlossen werden.
15.11.2000 06.09.2012	40.140,0	25.500,7	-	- Im Justizgebäude an der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitten unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 4. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen werden.
-	-	-	-	- In den Jahren 2009/2010 wurde im Dachgeschoss des Ostflügels des Nürnberger Justizpalastes über dem Schwurgerichtssaal 600 das Museum "Memorium Nürnberger Prozesse" eingerichtet. Dieser, in das Konzept des Memoriums eingebundene Sitzungssaal, steht der Nürnberger Justiz zur Durchführung von Strafgerichtsverhandlungen zur Verfügung und kann nur an verhandlungsfreien Tagen besichtigt werden. Nunmehr soll der Saal 600 einer vollständigen musealen Nutzung zugeführt werden. Als Ersatz soll für die Justiz an den Westflügel des Justizpalastes ein Sitzungssaalgebäude angebaut werden. Das hierfür erforderliche Grundstück auf dem ehemaligen VAG-Gelände befindet sich bereits im Eigentum des Freistaats Bayern. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme geplant und begonnen werden.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
<b>04 04</b>						
735 02-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1 <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	2.500,0	A	4.000,0
					B	3.421,2
					C	1.797,7
735 21-1	051	Bayer. Justizschule in Pegnitz Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	***	***	A	---
					B	46,9
					C	206,2
740 01-8	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Würzburg	---	***	A	1.136,0
					C	3.500,0
742 01-6	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	2.000,0	A	---
743 01-5	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht Haßfurt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	900,0	3.000,0	A	---
747 01-1	051	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	2.000,0	A	2.500,0
					B	1.119,5
					C	1.000,0
747 02-0	051	Amtsgericht Amberg Erweiterung und Sanierung - Planung -	---	---	A	---
<b>Summe Kapitel 04 04</b>			30.500,0	36.000,0	A	20.500,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 36.000,0</i>			B	14.682,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 40.000,0</i>			C	20.575,9

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
11.02.2009 07.04.2010	28.925,0	6.490,1	10.434,9	Das in den Jahren 1959 bis 1961 errichtete zehnstöckige Bürogebäude der Justiz in Hof befindet sich - im Gegensatz zum Sitzungssaalbau - in einem solch schlechten Zustand, dass eine Sanierung mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Es muss daher abgerissen und durch Ersatzbauten auf dem vorhandenen Grundstück ersetzt werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme fortgesetzt werden.
11.06.2002 22.04.2009	16.750,0	16.691,2	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
28.09.1999 04.06.2009	58.300,0	57.275,6	-	Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten: 1. Bauabschnitt: Abbruch des ehemaligen Gefängnisgebäudes. 2. Bauabschnitt: Neubau eines Strafjustizgebäudes. 3. Bauabschnitt: Umbau und Sanierung des Justizgebäudes Ottostraße 5 in Würzburg. Die Baumaßnahmen sind abgeschlossen .
02.06.2006	2.320,0	2.320,0	16.480,0	Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt für die Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Es liegt eine HU-Bau mit festgesetzten Kosten von 20.800,0 Tsd. € vor. Die Baumaßnahme wird in Bauabschnitten durchgeführt. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die den Abbruch des fünfstöckigen Nordflügels des ehemaligen Finanzamts, die Sanierung des restlichen Teils für Zwecke des Grundbuchamts und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt umfasste. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die Maßnahmen des 2. Bauabschnitts (Errichtung eines neuen Justizgebäudes) und des 3. Bauabschnitts (Sanierung des historischen Justizgebäudes) zu Ende geplant und mit dem 2. Bauabschnitt begonnen werden.
-	-	-	-	Das Amtsgericht Haßfurt ist derzeit in zwei staatseigenen Gebäuden sowie in (von der Stadt Haßfurt) angemieteten Räumen untergebracht. Die Planung von Maßnahmen zur Sanierung und Erweiterung der Bestandsgebäude hat ergeben, dass eine solche mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Planungsunterlagen ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden.
31.08.2004 13.06.2012	26.375,0	14.890,7	2.119,3	Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten: 1. Umbau und Sanierung des Renaissancebaus (mittlerer Gebäudeteil). 2. Umbau und Sanierung des Barockbaus (nördlicher Gebäudeteil) und Erstellung von Kfz-Stellplätzen. 3. Umbau, Sanierung und Ausbau des Dachgeschosses im Dientzenhofer Bau und des Schwurgerichtstrakts. Mit den veranschlagten Mitteln soll der 3. Bauabschnitt begonnen werden.
-	-	-	-	Das Amtsgericht Amberg ist in mehreren Gebäuden (Paulanerplatz 4 mit Anbau, Baustadelgasse 1) aus unterschiedlicher Bauzeiten untergebracht. In allen Gebäuden besteht erheblicher Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Energieeinsparung). Vorgesehen ist, den funktional absolut unzulänglichen Anbau (ehemaliges Werkstattgebäude) am Paulanerplatz abzureißen und das verbleibende Hauptgebäude durch ein Verbindungsbauwerk an die Baustadelgasse 1 anzubinden. Anschließend sollen die Bestandsbauten am Paulanerplatz und in der Baustadelgasse saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>04 05</b>		<b>Justizvollzugsanstalten</b>				
710 14-6	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau der Torwache und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	300,0	---	A B C	250,0 763,7 209,4
710 15-5	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau und Instandsetzung	900,0	---	A B C	800,0 938,3 793,1
710 16-4	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt	---	---	A B C	--- 56,8 68,0
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen, des Arbeitsbetriebsgebäudes und des Versorgungszentrums - z. T. Planung -	600,0	300,0	A B C	700,0 736,9 628,5
<u>711 01-0</u>	056	Justizvollzugsanstalt München Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Außenumweh rung und der Videoüberwachungsanlagen) - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 4.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	300,0	A	
<u>711 02-9</u>	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Krankenabteilung - Planung -	---	400,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
06.10.1989 25.05.2004	16.150,0	12.090,8	-	<p>1. Teilbaumaßnahme: Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Beobachtungstürme, Videoüberwachungsanlagen, Elektroversorgung). Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Unterkunftsgebäudes N, Einrichtung einer Sozialtherapeutischen Abteilung, eines Besuchsraums, Einbau einer Kommunikationsanlage in der Zugangsabteilung, Fernwärmeanschluss). Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme abgeschlossen.</p>
13.09.1991 31.10.2008	23.217,0	20.101,1	-	<p>Die Unterkunftsgebäude der Justizvollzugsanstalt München müssen entsprechend den vollzuglichen Anforderungen umgebaut und instandgesetzt werden:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Umbau und Instandsetzung des Unterkunftsgebäudes Südbau.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Einbau einer Alarm- und Kommunikationsanlage, Brandschutzmaßnahmen, Instandsetzungen in den Unterkunftsgebäuden West- und Ostbau. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme abgeschlossen.</p>
25.11.2008	1.365,0	1.365,0	-	<p>Die festgesetzten Gesamtkosten umfassen die auf der Seite des Auftraggebers entstandenen Aufwendungen für Gutachten, Altlastenbeseitigung, Bieterentschädigungen und Leistungen des Bauamts. Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt in München wurde als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership realisiert. Vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10 und Tit. 520 01.</p>
30.04.2009	3.750,0	1.488,0	-	<p>Die Entwässerungsanlagen, das Versorgungszentrum und das Arbeitsbetriebsgebäude der Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser).</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Versorgungszentrums.</p> <p>3. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Arbeitsbetriebsgebäudes. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die mit den veranschlagten Mitteln abgeschlossen wird. Die Gesamtkosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>
-	-	-	-	<p>Die Umwehrgung der Justizvollzugsanstalt München muss erneuert und damit dem geltenden vollzuglichen Sicherheitsstandard angepasst werden. Insbesondere müssen der innere Sicherheitszaun und die Videoüberwachungsanlagen erneuert sowie die Umwehrgungsmauer saniert werden. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>
-	-	-	-	<p>Die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München ist im Nordbau unzureichend untergebracht. Die dort anzutreffenden baulichen, vollzuglichen und hygienischen Rahmenbedingungen sind sehr veraltet. Eine Sanierung des Bestandsgebäudes für die Aufgabe der Gesundheitsfürsorge von Gefangenen ist unwirtschaftlich. Es ist deshalb dringend notwendig, einen Neubau zu errichten. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
<b>04 05</b>						
711 20-7	056	Justizvollzugsanstalt München Brandschutzmaßnahmen und Instandsetzung der betriebstechnischen Anlagen - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	---
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	500,0	500,0	A	---
712 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Mühldorf a. Inn Erweiterung - z. T. Planung -	---	---	A	---
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	2.500,0	A B C	1.500,0 87,0 471,3

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Im Gebäudebestand der Justizvollzugsanstalt München müssen die dringenden Sofortmaßnahmen für den baulichen Brandschutz durchgeführt sowie die betriebstechnischen Anlagen modernisiert und instandgesetzt werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
12.04.1999 11.06.2001	9.663,4	9.667,0	-	- Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut, instandgesetzt und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung. 2. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Äußerer Sicherheitszaun, Innerer Sicherheitszaun, Einfriedenzaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2). 3. Teilbaumaßnahme: Erweiterung, Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums. 4. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen sowie einer Zu- und Abgangsabteilung. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen sind. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung der 3. Teilbaumaßnahme durchgeführt werden. Die Gesamtkosten der 3. und der 4. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
04.12.1991 07.04.2003	3.276,1	3.255,6	-	- Die Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut, erweitert und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Umwehrungsmauer sowie weitere bauliche und technische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes, Erneuerung der Aufzugsanlage. 2. Teilbaumaßnahme: Neubau der Torwache. 3. Teilbaumaßnahme: Errichtung eines Unterkunftsgebäudes. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen ist. Die Gesamtkosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
16.11.1999 18.09.2012	26.045,0	3.849,0	14.381,0	- Die Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut, erweitert und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen. 2. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Innerer Sicherheitszaun mit Videoüberwachungsanlage, Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden, Erneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Verlegung der Fahrzeugschleuse), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem, Umbau und Instandsetzung der Krankenabteilung. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 2. Teilbaumaßnahme durchgeführt werden.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>04 05</b>						
715 21-2	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	1.500,0	A	3.800,0
718 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Arbeitstherapie), Instandsetzung	100,0	100,0	A B C	900,0 976,7 1.958,7
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen	11.000,0	4.300,0	A B C	8.000,0 572,6 74,1
720 20-6	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Neubau eines Versorgungszentrums und Erneuerung der Wärmeversorgung	---	***	A	300,0
<u>720 51-8</u>	056	Bayerische Justizvollzugsschule Straubing Sanierung - Planung -	---	---	A	
721 10-7	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	200,0	A	200,0
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	300,0	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
08.10.2009	9.940,0	2.773,4	115,6	Die Baumaßnahme umfasst die Errichtung von Arbeitsbetriebsräumen, einer Abteilung für den offenen Vollzug (5 Plätze), eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter (16 Haftplätze) sowie einer Wohngruppe (20 Haftplätze), die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage und des Entwässerungssystems. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
25.02.2008	4.900,0	4.131,7	-	- In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth wurden ein Jugend-Therapiezentrum gegen soziale Defizite mit psychiatrischer Begleitung und eine Sozialtherapeutische Abteilung für Sexualstraftäter eingerichtet. Deshalb musste die Sicherheit durch die Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns mit Detektionssystem und den Umbau des Eingangsbereichs verbessert werden. Ferner wurde die Arbeitstherapie erweitert und das undichte Dach des vorhandenen Arbeitsbetriebsgebäudes instandgesetzt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
26.05.2003 05.12.2011	35.200,0	7.326,0	-	- Die Gesamtmaßnahme besteht aus 3 Bauabschnitten: 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Ersatzstromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen, Instandsetzung der Entwässerungsanlagen. 2. Teilbaumaßnahme: Neubau einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen. 3. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Hauses für Sicherungsverwahrte (84 Plätze). Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Die 2. Teilbaumaßnahme wird nicht mehr ausgeführt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme durchgeführt und abgeschlossen werden.
08.11.2006 28.05.2008	24.200,0	23.555,6	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
-	-	-	-	- Die baulichen Anlagen der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing sind dringend sanierungsbedürftig. Insbesondere müssen die Dächer instandgesetzt und energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
10.04.2000 07.09.2006	72.400,0	68.551,8	-	- Die 1. bis 3. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Der Verwaltungsbereich entspricht nicht mehr dem tatsächlichen Flächenbedarf. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung für eine Erweiterung des Verwaltungsgebäudes durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der 4. Teil-Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung wie folgt erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit Sozialtherapeutischer Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 32 Haftplätzen. Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Teilerneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns mit Detektion und Videoüberwachung, Errichtung einer Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden). Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>04 05</b>						
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau eines Versorgungszentrums und einer Sporthalle sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A	---
725 33-6	056	Justizvollzugsanstalt Kempten (Allgäu) Neubau einer Justizvollzugsanstalt	---	***	A B C	--- 56,0 4,5
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	5.000,0	A B C	5.000,0 340,0 790,5
727 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Memmingen Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	2.000,0	A B C	650,0 988,1 835,6
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 25.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 12.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	15.000,0	15.000,0	A B C	17.000,0 6.850,0 1.215,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind sowohl in der Bausubstanz, als auch technisch völlig verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert. Da eine Erweiterung und Sanierung am bisherigen Standort nicht möglich ist, muss dringend ein neues Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei, Metzgerei, Entsorgung) errichtet werden. Aus Sicherheitsgründen ist es unabweisbar und dringlich, den Torwachbereich (Torwache 2 mit Fahrzeugschleuse und die Torwache 1) zu erneuern bzw. umzubauen und zu erweitern, sowie zwei Beobachtungstürme zu erneuern. Aus vollzuglichen Gründen soll eine Sporthalle gebaut werden; das bereits genehmigte Projekt - 04 05/725 26 - wurde aus haushaltsmäßigen und baulichen Gründen auf diesen Titel umgesetzt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
07.11.1997 01.09.2004	49.500,0	49.494,7	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
19.05.2010	18.240,0	1.130,9	4.049,1	Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmäßig völlig verbraucht und werden durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
26.05.1993 24.02.2011	9.790,0	7.639,0	-	- Die Justizvollzugsanstalt Memmingen wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut und instand gesetzt: 1. Errichtung einer Energiezentrale. 2. Errichtung eines Unterkunftsgebäudes für den offenen Vollzug (26 Haftplätze). 3. Umbau des alten Freigängerhauses zu einer Frauenabteilung (16 Haftplätze). 4. Instandsetzungen (Dächer, Fassaden, Umwehrgung, Installationskanal, Torwache, Hafträume) und energetische Sanierungen. 5. Neu- und Umbaumaßnahmen (Küchenbereich, Brandschutz, Haftraumkommunikationsanlage, Arbeitsbetriebsgebäude, Innenhof). 6. Errichtung einer Videosensoranlage, Erneuerung der Energiezentrale und weitere energetische Sanierungen. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. bis 4. Teilbaumaßnahme. Die Teilbaumaßnahmen 1 - 3 sind abgeschlossen. Die energetischen Sanierungen (Ziffer 4.) mit festgesetzten Gesamtkosten von 1.034,0 Tsd. € werden zur Hälfte aus dem Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" bei Kap. 13 31 Tit. 710 51 finanziert. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 4. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 5. Teilbaumaßnahme geplant und durchgeführt werden. Die Baumaßnahme dient teilweise der Energie- und der CO2-Einsparung. Die Gesamtkosten der 6. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
19.10.1998 31.05.2010	100.840,0	13.656,4	36.183,6	Für die Justizvollzugsanstalt Augsburg wird ein Neubau am Standort Gablingen mit einer Belegungsfähigkeit von 609 Haftplätzen errichtet. Die Gesamtanlage umfasst 10 Einzelgebäude mit den unterschiedlichen Funktionsbereichen. Der zunächst geplante Neubau einer Abteilung für den offenen Vollzug und einer Jugendarrestanstalt außerhalb des umwehrten Bereichs wurde aus Kostengründen zurückgestellt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>04 05</b>						
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Gericht, Torwache mit Fahrzeugschleuse - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	400,0	A	---
730 10-6	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	300,0	A	---
730 11-5	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung und Neuordnung der Versorgungsbetriebe - z. T. Planung -	---	---	A	---
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.200,0	A B C	1.500,0 1.180,0 899,9
730 13-3	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung von Dienstwohngebäuden - z. T. Planung -	---	---	A C	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung ein neues Gebäude mit den Funktionen Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Gericht, Torwache mit Fahrzeugschleuse errichtet werden. Zur Verbesserung der Sicherheit muss das bestehende Gebäude für das Gericht entfernt und die Umwehrung in diesem Bereich geschlossen werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Für den Vollzug an weiblichen Gefangenen und für den Jugendarrest werden die in den Jahren 1886 bis 1888 errichteten Gebäude genutzt. Da deren Bau-substanz weitgehend verbraucht ist, wären umfangreiche und kostenintensive Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich. Trotzdem könnten die baulichen Voraussetzungen für einen modernen Justizvollzug nur bedingt geschaffen und der gestiegene Haftplatzbedarf nicht abgedeckt werden. Die unter zeitgemäßen vollzuglichen und wirtschaftlichen Aspekten entwickelte Gesamtausbauplanung sieht in einem ersten Schritt den Neubau einer Frauen- abteilung mit ca. 150 Haftplätzen vor. Anschließend soll eine neue Jugend- arrestanstalt mit ca. 55 Arrestplätzen errichtet werden. Die Erweiterung ent- spricht dem Haftplatzbedarf. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
19.12.1994 13.02.2002	4.695,5	4.695,5	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung einer provisorischen Küche im Arbeitsbetrieb für die Dauer der Instandsetzungsarbeiten am Versorgungszentrum) und die 2. Teilbaumaßnahme (Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums - Küche - sowie von Teilbereichen des Entwässerungskanals), die abgeschlossen sind. Als 3. Teilbaumaßnahme ist der Neubau einer Wäscherei und der Einbau eines Bäckereibetriebs im bisherigen Wäschereigebäude beabsichtigt. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
26.05.1998 02.11.2011	14.590,0	8.462,0	1.728,0	Die Untersuchungshaftanstalt muss dringend abschnittsweise instand gesetzt werden: 1. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Brandschutzes, Instandsetzung des Erweiterungsbaus (1. Bauabschnitt). 2. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Erweiterungsbaus (2. Bauabschnitt), Erneuerung der Haftraumtüren, Vergitterung der Kellerfenster, Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns. 3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Erweiterungsbaus (3. Bauabschnitt) und des Altbaus (1. Bauabschnitt) , von Entwässerungsleitungen, der Höfe Mitte und Nord und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit. 4. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Erweiterungsbaus (4. Bauabschnitt) und des Altbaus (2. Bauabschnitt) sowie von Entwässerungsleitungen und der Höfe. 5. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Altbaus (3. Bauabschnitt). Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden.
14.01.1998	1.308,9	1.279,6	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die abgeschlossene 1. Teilbaumaßnahme mit der Außensanierung der Dienstwohngebäude in Nürnberg, Reutersbrunnen- straße 41 - 45 (Flachbau) und 47 (Turmbau). Die 2. Teilbaumaßnahme umfasst deren Innensanierung. Die Baumaßnahme dient teilweise der Energieeinsparung. Die Gesamtkosten für die 2. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>04 05</b>						
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	400,0	A B C	800,0 1.482,8 2.797,4
735 53-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau eines weiteren Zellengebäudes	***	***	A C	--- 14,1
736 01-1	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau von Arbeitsbetriebsräumen und einer Schleuse sowie Erweiterung der Umwehrungsmauer	***	***	A C	--- 23,4
<u>737 21-6</u>	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Sanierung des Küchenbereichs - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	200,0	A	
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.200,0	A B C	2.000,0 1.700,0 1.085,9
738 21-5	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau einer Sporthalle mit Sozialtherapeutischer Abteilung, Sanierung des Versorgungszentrums - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	400,0	A	---
741 01-4	056	Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes, Sanierung des Küchenbereichs - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0	1.000,0	A B	--- 8,6

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
30.04.2009	6.350,0	4.910,2	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt Ebrach soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung erweitert und saniert werden:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker").</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Kanalsanierung.</p> <p>3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Dächer und Sanierung des Kaisersaals.</p> <p>4. Teilbaumaßnahme: Neubau des Arbeitsbetriebsgebäudes (Schreinerei) und Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung (16 Haftplätze) und einer Abteilung für den Normalvollzug (54 Haftplätze).</p> <p>5. Teilbaumaßnahme: Umbau und Instandsetzung der Unterkunftsgebäude I, II und III.</p> <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und 2. Teilbaumaßnahme. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme abgeschlossen sowie die Planung der 3. Teilbaumaßnahme durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen. Die weiteren Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der entsprechenden Teil-Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>
05.02.1985 25.04.2008	17.835,0	17.820,3	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
06.06.1986 08.08.1996	10.006,0	9.982,5	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
-	-	-	-	- Der gesamte Küchenbereich in der Justizvollzugsanstalt Bamberg ist verbraucht und muss dringend umgebaut, saniert und verbessert werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
01.02.2007 02.11.2012	10.150,0	3.817,3	1.382,7	<p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme mit dem Umbau und der Sanierung der Häuser G und H sowie der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II) und die 2. Teilbaumaßnahme mit der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden. Die Gesamtkosten wurden vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags am 12.12.2012 genehmigt.</p>
-	-	-	-	- Das Versorgungszentrum in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth mit den Bereichen Küche, Bäckerei und Wäscherei ist verbraucht und dringend sanierungsbedürftig. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. In dieses Gebäude soll eine Sozialtherapeutische Abteilung integriert werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg müssen die dringend notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes durchgeführt und der völlig verbrauchte Küchenbereich umgebaut und saniert werden. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**  
**Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
<b>04 05</b>						
745 06-5	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	300,0	1.000,0	A	1.800,0
					B	3.261,1
					C	5.241,3
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	5.000,0	A	4.800,0
					B	2.987,5
					C	967,3
		<b>Summe Kapitel 04 05</b>	50.500,0	45.000,0	A	50.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 45.000,0			B	22.986,1
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 45.000,0			C	18.088,4
		<b>Summe Epl. 04</b>	81.000,0	81.000,0	A	70.500,0
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 81.000,0			B	37.669,1
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 85.000,0			C	38.664,3

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.10.2007 13.10.2009	18.200,0	13.108,7	-	Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung des Arbeitsbetriebsgebäudes II) ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 2. Teilbaumaßnahme (Instandsetzung der Entwässerungskanäle und Erneuerung der Fernheizleitungen) und die 3. Teilbaumaßnahme (Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter und einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Sexualstraftäter mit je 16 Haftplätzen) abgeschlossen.
08.09.2009 14.05.2012	33.650,0	4.930,8	11.719,2	Die Justizvollzugsanstalt Regensburg wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Neubau des Versorgungszentrums und eines Arbeitsbetriebsgebäudes, Errichtung eines Unterkunftsgebäudes (West) und eines Besuchergebäudes, Sanierung des Südbaus, Erstellung der Außenanlagen, Neubau der Torwache. 2. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes (Ost), Sanierung des Mittelbaus, Sanierung des Nordbaus und der Außenanlagen. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die mit den veranschlagten Mitteln fortgeführt werden soll. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.



## **Stellenplan**

für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz

**- Einzelplan 04 -**

**04 01  
Ministerium**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B6	6	7	7
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	8	7	7
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		11	13	13
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	14	12	12
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	10,42	10,42	10,42
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	8,71	10,71	10,71
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	19,50	19	19,25
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	7	10	10
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	7,50	5	5,50
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	13	12	12
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	6	6	6
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	A8	3	3	3
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin		1	1	1
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		1	3	3
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A7	-	1	1
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		3	2	2
	Regierungssekretär, Regierungssekretärin	A6	-	-	1
	Technischer Sekretär, Technische Sekretärin		1	-	-
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		4,36	3,36	3,36
	Zusammen		127,49	128,49	130,24
	Zugang/Abgang			+1	+1,75
	<b>Leerstellen</b>				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B6	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	1	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	-	2	2
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	-	2	2
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	5	5	5
	Zusammen		19	24	24
	Zugang/Abgang			+5	-
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>				
		R9- R1,A16- A13	5	-	-
		R9- R1,A16- A3	-	5	5

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 04/422 01 BesGr A14
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-	+0,25	Umsetzung von 04 05
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	-	+0,50	Umsetzung und Umwandlung von 04 05/422 01 BesGr A11
Summe Umsetzung	+1	+0,75	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-	+1	Umwandlung von 428 01 EGr5
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A6
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
B6 Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr B3
B3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr B6
Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A16
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr B3
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+0,50 -0,50	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12 kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	+3,50 -3,50	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11 kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1 -1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	+1 -1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8 Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
A6 Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen	+1 -1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6 kostenwirksame Hebung nach BesGr A7

**04 01**  
**Ministerium**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 31		A16+AZ -A3	-	4	4
		A13+AZ -A9	4	-	-
	Zusammen		9	9	9
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	10	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	12	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	9	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	9
	Zusammen		44	44	43
	Zugang/Abgang			-	-1
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	Zusammen		4,60	4,60	4,60
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		127,49	128,49	130,24
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		44	44	43
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		171,49	172,49	173,24
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	<b>Personalsoll B</b>		4,60	4,60	4,60
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		176,09	177,09	177,84

<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr8
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+1	+0,75	
<b>STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE</b>			
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))</b>			
R9-R1,A16-A13	-5	-	Umwandlung nach BesGr R9-R1,A16-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
R9-R1,A16-A3	+5	-	Umwandlung von BesGr R9-R1,A16-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A16+AZ-A3	+4	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-4	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-	-	
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	-	neu
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	neu
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	-	neu
Summe neu	+5	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+5	-	

04 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten</b>				
	<b>Ersatzstellen für Altersteilzeit</b>				
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	R3	-	1	1
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		1	5	5
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	1	-	-
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R2	8	6	6
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		2,50	0,50	0,50
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		3,50	1,50	1,50
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		10	13	13
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	24,50	17,50	17,50
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		3,50	-	-
	Rat, Rätin	A13	-	0,96	0,96
	Studienräte, Studienrätinnen im Grundschuldienst (Justizvollzug)		-	3	3
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	A9	29,67	13,23	13,23
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		2,75	4	4
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		4,50	10	10
	Verwaltungsinspektor, Verwaltungsinspektorin		-	1	1
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	5	4	4
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	13	28,09	28,09
	Sekretäre, Sekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		3	7	7
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwärtinnen	A5	2	-	-
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	19,50	6,50	6,50
	Zusammen		133,42	122,28	122,28
	Zugang/Abgang			-11,14	-
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten) (Ersatzstellen für Altersteilzeit):</b>				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG.				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)</b>				
	<b>Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit</b>				
	Richter, Richterin am Amts- oder Landgericht	R1	0,25	0,50	0,50
	Justizhauptsekretär, Justizhauptsekretärin	A8	0,37	0,38	0,38
	Zusammen		0,62	0,88	0,88
	Zugang/Abgang			+0,26	-

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014		
1	2	3	4	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT</b>				
<b>neu</b>				
<b>Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)</b>				
R3	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+4	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R2	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+3	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A13	Räte, Rätinnen	+0,96	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Studienräte, Studienrätinnen im Grundschuldienst (Justizvollzug)	+3	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1,25	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+5,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Verwaltungsinspektoren, Verwaltungsinspektorinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A6	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+15,09	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Sekretäre, Sekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+4	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Summe neu	+38,80	-	
<b>Einsparung</b>				
<b>Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)</b>				
R2	Direktoren, Direktorinnen der	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
+AZ	Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen			
R2	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R1	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-7	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-3,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	-16,44	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

04 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p><b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):</b></p> <p>1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.</p> <p>2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 HG.</p> <p><b>Gesamtübersicht</b></p> <p>Nachrichtlich:</p> <p>Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit</p> <p>Ersatzstellen für Altersteilzeit</p>				
			0,62	<b>0,88</b>	<b>0,88</b>
			133,42	<b>122,28</b>	<b>122,28</b>

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A8    Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A5    Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A4    Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	-13	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-49,94	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-11,14	-	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R1    Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+0,25	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A8    Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+0,01	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+0,26	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+0,26	-	

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**

**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	<i>Alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZuLV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)</b>				
	Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts an einem Gericht mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R9	1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R8	2	2	2
	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R7	1	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R6	2	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1	1
	Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt		1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	R5	1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		5	5	5
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9		1	1	1
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	R4	8	8	8
	Präsidenten, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		8	9	9
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 8		2	2	2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+20	+15	neu
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-	+5	neu
	+20	+15	neu
	-	+5	neu
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	+24	+14	neu
	-	+10	neu
	+19	+19	neu (Abbau Belastung im operativen Bereich und Förderung der ehrenamtlichen Bewährungshilfe)
A7 Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen	-	+30	neu für das Sicherheitskonzept Justiz (Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A6 Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	+60	-	neu für das Sicherheitskonzept Justiz (Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A5 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	+40	-	neu für das Sicherheitskonzept Justiz (Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A4 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	+10	-	neu für das Sicherheitskonzept Justiz (Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
Summe neu	+193	+113	
<b>neu (Arbeitszeitverkürzung)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+4	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+11	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+0,80	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A5 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	+6	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A4 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	+5	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+30,80	-	

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern	R3	1	1	1
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen		7	9	9
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		9	8	8
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		12	12	12
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		2	2	2
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		4	4	4
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		7	6	6
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1	1
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		7	7	7
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		69	70	70
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	51	50	50
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		20	20	20
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1	1
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3		8	10	10
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		2	2	2
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		15	15	15

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010 (bajTECH 2000)
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011 (bajTECH 2000)
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-9	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010 (bajTECH 2000)
	-6	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010 (SolumSTAR)
	-7	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011 (bajTECH 2000)
	-5,25	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011 (Konsolidierung der Rechen- und Betriebszentren)
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6,50	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011 (SolumSTAR)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011 (bajTECH 2000)
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010 (bajTECH 2000)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011 (bajTECH 2000)
Summe Einsparung	-50,75	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
A14 Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentrentren)
	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A14
A11 Rechtspflegeamtmänner, Rechtspflegeamtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A10 Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
	+1	-	Umsetzung von 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentrentren)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		-	3	3
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R2	11	10	10
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		50	50	50
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		27	28	28
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten		199	202	202
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		51	50	50
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		72	78	78
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten <i>4 Stellen ku in 4 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter der BesGr R 2+AZ jeweils gleichzeitig mit 4 Stellen für Staatsanwälte als Gruppenleiter der BesGr R 1+AZ ku in 4 Stellen für Staatsanwälte der BesGr R 1. Art. 47 Abs. 3 BayHO ist nicht anzuwenden.</i>		248	245	245
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R1+AZ	11	10	10
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		161	159	159
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	1.225	1.250	1.270
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		407	432	452
	Direktor, Direktorin der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz	B3	-	1	1
	Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	A16	1	2	2
	Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	A15	22	30	30
	Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen	A14	20	30	30
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	A13+AZ	10	10	10
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	A13	130	119	119
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>		4	4	4
	Sozialräte, Sozialrätinnen		18	28	28
	Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	A12	-	4	4
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen		404,50	414,50	415,50
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		43	48	48
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		5	5	5
	Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	A11	35	35	35
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen		730	765	765
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		100	105	105
	Steueramt Männer, Steueramt Frauen		3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Summe Umsetzung	-1,50	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R3 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr B3
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende +AZ Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	+3	-	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr R2 im Vollzug des ku-Vermerks
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-3	-	Umwandlung und Hebung nach 422 01 BesGr R2+AZ im Vollzug des ku-Vermerks
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-3	-	Umwandlung und Absenkung nach 422 01 BesGr R1 im Vollzug des ku-Vermerks
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+3	-	Umwandlung und Absenkung von 422 01 BesGr R1+AZ im Vollzug des ku-Vermerks
B3 Direktor, Direktorin der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R3
A14 Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen	+2	-	Umwandlung und Hebung mit Vermerkänderung von BesGr A13
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	-2	-	Umwandlung und Hebung mit Vermerkänderung nach BesGr A14
A6 Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A 6 (Werkmeister)
Werkmeister, Werkmeisterinnen	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 6 (Justizsicherheitssekretär)
Summe Umwandlung	-	-	

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen <i>Bis zu vier Stellen können im Tausch gegen vier Stellen für Technische Oberinspektoren der BesGr A 10 nach 06 04 umgesetzt werden.</i>		4	5	5
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	109	124	124
	Justizverwaltungsoberinspektoren, Justizverwaltungsoberinspektorinnen		18	21	21
	Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen		544	522	521
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		93	93	93
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		7	3	3
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	173	190	190
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen <i>davon 2 Stellen (2013) bzw. 4 Stellen (2014) für den Verwaltungsdienst (Einstieg 1. QE).</i>	A9	406	430	433
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		301	309	309
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen		375,75	362,75	386,75
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>		51	50	69
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		5	5	5
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	244	281	281
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		3	3	3
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		771,50	774,50	776,50
	Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen		10	23	24
	Justizvollstreckungshauptsekretäre, Justizvollstreckungshauptsekretärinnen		9	9	9
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	750,50	671,50	670,50
	Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen		47	37	67
	Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen		9	9	9
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		11	17	17
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	148	161	162
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	457,55	404,10	400,10
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		443	507	510
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		33	30	30
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		7	3	3
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A5	3	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen		160	183	179
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizhelfern bis zur EGr 4 besetzt werden.</i>	A4	55	70	69
	Zusammen Zugang/Abgang		9.488,80	9.677,35 +188,55	9.790,35 +113

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>kostenwirksame Hebung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R4	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R3
Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen			
R3	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2+AZ
Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen			
	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R4
Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen			
R2 +AZ	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R3
Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen			
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3			
R2	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen			
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen			
R1 +AZ	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr R1+AZ kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen			
A14	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen			
A13	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen			
A12	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 11
Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen			
A11	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 10
Rechtspflegeamtmänner, Rechtspflegeamtfrauen			
A10	- -1	-1 -1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 12 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 11
Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen			

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**

**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p><b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</b></p> <p><b>1) Zu BesGr R 2 und R 1:</b>            5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten            2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten            6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten            kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren,            spätestens am 1.7.2017.</p> <p>6 Stellen für Staatsanwälte            kw nach Abschluss der Großverfahren wegen            Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2017.</p> <p>2) a) Die Stellen der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.            b) Bis zu insgesamt 21 Stellen der BesGr A 8 bis A 16 und der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 01 in Anspruch genommen werden. Dabei dürfen die Stellen der BesGr R 1 mit Beamten der BesGr A 13 bis A 15, die Stellen der BesGr R 2 mit Beamten der BesGr A 16 und die Stellen der BesGr R 3 mit Beamten der BesGr B 3 besetzt werden.            c) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.</p> <p><b>3) Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts</b>            Die im Rahmen der Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts abgesenkten und umgewandelten Stellen dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgericht besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß Art. 108 Abs. 2 Satz 2 BayBesG erhalten.</p> <p>4) Drei Stellen können für die Kap. 06 04 und 06 14 zum Zwecke des Stellentauschs in Anspruch genommen werden.</p> <p>5) Eine Stelle ist mit einer Zulage gemäß Art. 56 Abs. 1 BayBesG ausgestattet.</p> <p><b>6) Zu Titel 422 01 und 428 01</b>            Bis zu 120 freie und besetzbare Stellen für Arbeitnehmer und Beamte können unbefristet mit Arbeitnehmern besetzt werden, die zum jeweiligen Besetzungszeitpunkt seit mindestens drei Jahren befristet beschäftigt waren. Steht in diesen Fällen bei Rückkehr des ursprünglichen Stelleninhabers keine freie und besetzbare Stelle zur Verfügung, kann dieser bis eine solche vorhanden ist, auf der ausgebrachten Leerstelle verrechnet werden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben sind an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben einzusparen.</p> <p><b>Leerstellen</b></p> <p>Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht, Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin</p> <p>Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4</p> <p>Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen</p> <p>Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften</p>				
		R3	1	1	1
		R2+AZ	1	1	1
		R2	11	11	11
		R1+AZ	6	6	6

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+5	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-5	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A7 Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	+4	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-4	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 6+AZ
	-	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 5
	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
A5 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 4
	-	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 6
A4 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 5
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	+3	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-3	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
	+2	+2	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R3
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R1
	-	-	
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
A16 Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+9	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen	-9	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	+7	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	R1	194	<b>209</b>	<b>209</b>
	Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin	A13+AZ	-	<b>1</b>	<b>1</b>
	Räte, Rätinnen	A13	3	<b>3</b>	<b>3</b>
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	6	<b>9</b>	<b>9</b>
	Amtmänner, Amtfrauen	A11	109	<b>109</b>	<b>109</b>
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	2	<b>2</b>	<b>2</b>
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen		233	<b>233</b>	<b>233</b>
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	1	<b>6</b>	<b>6</b>
	Inspektoren, Inspektorinnen	A9	62	<b>62</b>	<b>62</b>
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen		38	<b>38</b>	<b>38</b>
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		19	<b>19</b>	<b>19</b>
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	15	<b>15</b>	<b>15</b>
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		142	<b>142</b>	<b>142</b>
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	539	<b>539</b>	<b>539</b>
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	3	<b>3</b>	<b>3</b>
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	477	<b>477</b>	<b>477</b>
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		11	<b>11</b>	<b>11</b>
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	A5	13	<b>13</b>	<b>13</b>
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	2	<b>2</b>	<b>2</b>
	Zusammen		1.888	<b>1.912</b>	<b>1.912</b>
	Zugang/Abgang			<b>+24</b>	<b>-</b>
<b>422 21</b>	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>				
	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	A9	178	<b>178</b>	<b>178</b>
	Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	A6	138	<b>138</b>	<b>138</b>
	Zusammen		316	<b>316</b>	<b>316</b>
<b>422 26</b>	<b>Rechtsreferendare</b>				
	Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	A13	3.700	<b>3.700</b>	<b>3.700</b>
	Zusammen		3.700	<b>3.700</b>	<b>3.700</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26:</b>				
	<i>Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten / Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.100 und 3.800.</i>				
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>				
		A16+AZ	-	<b>7</b>	<b>7</b>
		-A3			
		A13+AZ	7	-	-
		-A9			
	Zusammen		7	<b>7</b>	<b>7</b>
<b>427 01</b>	<b>Nebenamtlich und -beruflich Tätige</b>				
	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		35	<b>35</b>	<b>35</b>
	Zusammen		35	<b>35</b>	<b>35</b>
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	<b>2</b>	<b>2</b>

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	-7	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Sozialräte, Sozialrätinnen	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+15	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+55	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen	-15	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	+15	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Justizverwaltungsoberspektoren, Justizverwaltungsoberspektorinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Rechtspflegeoberspektoren, Rechtspflegeoberspektorinnen	-55	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+34	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Sozialoberspektoren, Sozialoberspektorinnen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Technische Oberspektoren, Technische Oberspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Justizverwaltungsinspektoren, +AZ Justizverwaltungsinspektorinnen	+17	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	-17	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	+39	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	-15	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+23	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	-34	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-23	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+60	-	kostenwirksame Hebung und Umwandlung von BesGr A7
Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-39	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+42	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7

04 04  
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	5	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	16	20	23
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	165,58	232,58	231,58
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	250,42	179,42	177,42
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	2.035,17	2.319,32	2.319,32
	20 Stellen zweckgebunden für die Übernahme von langjährigen Aushilfskräften.				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	335,91	37,41	37,41
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	-	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	13,50	20,35	20,35
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	18	0,50	0,50
	Zusammen		2.841,58	2.824,58	2.824,58
	Zugang/Abgang			-17	-
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	16	16	16
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	29	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	267	267	267
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	153	153	153
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	11	11	11
	Zusammen		476	476	476
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen):</b>				
	<i>Bis zu zwei Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als drei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden.</i>				
	<i>Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.</i>				
428 11	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		58	85	77
	Zusammen		58	85	77
	Zugang/Abgang			+27	-8
428 21	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		153,20	136,20	136,20
	Zusammen		153,20	136,20	136,20
	Zugang/Abgang			-17	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+17	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-60	-	kostenwirksame Hebung und Umwandlung nach BesGr A8
	-42	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
	+13	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen	-17	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+7	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	+11	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
	-13	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	-7	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
	-11	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6+AZ
	+15	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A5
	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A5
Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Werkmeister, Werkmeisterinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
A5 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	-15	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6
	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+69	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-69	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+290,65	-	kostenwirksame Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-290,65	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
	+1,15	-	kostenwirksame Hebung von EGr4
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,15	-	kostenwirksame Hebung nach EGr5
	+8,15	-	kostenwirksame Hebung von EGr3
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-8,15	-	kostenwirksame Hebung nach EGr4
	+18	-	kostenwirksame Hebung von EGr2
E2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-18	-	kostenwirksame Hebung nach EGr3
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+171,55	+113	

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**

**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		9.488,80	<b>9.677,35</b>	<b>9.790,35</b>
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		316	<b>316</b>	<b>316</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2.841,58	<b>2.824,58</b>	<b>2.824,58</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		12.646,38	<b>12.817,93</b>	<b>12.930,93</b>
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	<b>3.700</b>	<b>3.700</b>
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		35	<b>35</b>	<b>35</b>
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		58	<b>85</b>	<b>77</b>
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		153,20	<b>136,20</b>	<b>136,20</b>
	<b>Personalsoll B</b>		3.946,20	<b>3.956,20</b>	<b>3.948,20</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		16.592,58	<b>16.774,13</b>	<b>16.879,13</b>

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>Personalsoll B (Personal aus Mitteln)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+27	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+27	-	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-8	Einsparung zur Anpassung der Stellen an die Mittel
<b>Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-17	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2012 (Übergang der Gebäudereinigung auf Fremdfirmen)
Summe Einsparung	-17	-8	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+10	-8	
<b>STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE</b>			
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))</b>			
A16+AZ-A3	+7	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-7	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-	-	
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))</b>			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+15	-	neu im Vollzug des Art. 50 BayHO
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen +AZ	+1	-	neu im Vollzug des Art. 50 BayHO
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	+3	-	neu im Vollzug des Art. 50 BayHO

**04 04**  
**Gerichte und Staatsanwaltschaften**

<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A9 Justizverwaltungsinspektoren, +AZ Justizverwaltungsinspektorinnen	+5	-	neu im Vollzug des Art. 50 BayHO
Summe neu	+24	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+24	-	



**04 05  
Justizvollzugsanstalten**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Justizvollzugsanstalten können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Justizvollzugsanstalten abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZulV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä3 besetzt werden.</i>	A16	10	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		17	21	21
	Dekane, Dekaninnen - im Justizvollzugsdienst	A15	5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä2 besetzt werden.</i>		14	15	15
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		39	44	44
	Medizinaloberärzte, Medizinaloberärztinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä1 besetzt werden.</i>	A14	18	22	22
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		43	43	44
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst		19	19	19
	Rektoren, Rektorinnen		4	4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	29	31	31
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	A13	4	4	4
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		73	90	89,75
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		16	15	15
	Fachoberlehrer, Fachoberlehrerinnen	A12	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		42	40	40
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		19	17	17
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	A11	33	38	38
	Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflegedienst		7	7	6,50
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen		56	62	62
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		33	33	33
	Technische Amt männer, Technische Amt frauen		15	19	19
	Förderlehrer, Förderlehrerin	A10	-	1	1
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst		40	50	50
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Krankenpflegedienst		5	5	5
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen		46	44	44
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen		42	50	51
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		13	15	15
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9+AZ	323	340	340
	Pflegevorsteher, Oberinnen		12	18	18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+1	- neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A14	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	+3	- neu zur Umsetzung der Richtlinien zum Arbeitsschutz
		+1	- neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	+1 neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
		+5	- neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den Justizvollzugsanstalten (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A13	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+5	- neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
		+6	- neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den Justizvollzugsanstalten (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	+1	- neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A10	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+2	+1 neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
		+6	- neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den Justizvollzugsanstalten (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A9	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	- neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+4	- neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
		+5	- neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den Justizvollzugsanstalten (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A8	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-	+25 neu für die Justizvollzugsanstalt Augsburg/Gablingen
		+22	- neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)

**04 05  
Justizvollzugsanstalten**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		15	17	17
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		40	40	40
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9	801	831	831
	Oberpfleger, Oberschwestern		42	42	42
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		81	82	82
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		39	46	46
	<i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		108	114	114
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwestern	A8	82	82	82
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.287	1.327	1.352
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		184	187	187
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		65	65	65
	Stationspfleger, Stationsschwestern	A7+AZ	21	26	26
	Krankenpfleger, Krankenschwestern	A7	45	38	38
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		944,70	938,70	963,70
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		100	92	92
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		64	65	65
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	25	25	25
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		31,67	25,67	25,67
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwärtinnen	A5	2	2	2
	Zusammen		4.963,37	5.116,37	5.167,62
	Zugang/Abgang			+153	+51,25
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:</b>				
	<i>Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.</i>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	6	6	6
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	5	5	5
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	4	4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	15	15	15
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	21	21	21
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	18	18	18
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A8	41	41	41
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A7	90	90	90
	Zusammen		205	205	205
422 21	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A9	8	8	8
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen	A6-A7	150	150	150
	Zusammen		158	158	158

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
	+26	-	neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den Justizvollzugsanstalten (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	+3	-	neu zur Umsetzung der Richtlinien zum Arbeitsschutz
A7 Stationspfleger, Stationsschwestern +AZ	+2	-	neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A7 Krankenpfleger, Krankenschwestern	+2	-	neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-	+25	neu für die Justizvollzugsanstalt Augsburg/Gablingen
	+22	-	neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
	+26	-	neu für den Ausbau der Sozialtherapie in den Justizvollzugsanstalten (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+4	-	neu zur Umsetzung der Richtlinien zum Arbeitsschutz
Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2	-	neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu zur Umsetzung eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Gesamtkonzeptes der Sicherungsverwahrung (§ 1 Nr. 3 Buchst. c Nachtragshaushaltsgesetz 2012)
Summe neu	+153	+52	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-1	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-	-0,25	Umsetzung nach 04 01
A11 Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflegedienst	-	-0,50	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A11
Summe Umsetzung	-	-0,75	

**04 05**  
**Justizvollzugsanstalten**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl				
			2012	2013	2014		
1	2	3	4	5	6		
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>	A16+AZ -A13	2	-	-		
		A16+AZ -A3	-	10	10		
		A13+AZ -A9	1	-	-		
		A9+AZ- A6	7	-	-		
		Zusammen		10	10	10	
<b>427 01</b>	<b>Nebenamtlich und -beruflich Tätige</b> Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		45	45	45		
		Zusammen	45	45	45		
<b>427 41</b>	<b>Praktikanten</b> Praktikanten, Praktikantinnen		2	3	3		
		Zusammen	2	3	3		
		Zugang/Abgang		+1	-		
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 <i>80 Stellen ku nach EGr 7 mit Ausscheiden der Stelleninhaber.</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E14	2	2	2		
		E13	1	1	1		
		E11	6	8	8		
		E10	4	1	1		
		E9	11	11	11		
		E8	160	191	191		
		E7	-	1	1		
		E6	73	40	40		
		E5	-	1	1		
		E3	4	4	4		
		Zusammen		261	260	260	
		Zugang/Abgang			-1	-	
		<b>Leerstellen</b>					
			Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	6	6	6
			Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	9	9	9		
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	28	28	28		
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	10		
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	5	5	5		
	Zusammen		60	60	60		

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A10 Förderlehrer, Förderlehrerinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr10
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Studienräte, Studienrätinnen im +AZ Mittelschuldienst (Justizvollzug)	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13+AZ
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Sozialamt männer, Sozialamt frauen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Technische Amt männer, Technische Amt frauen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+15	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ

**04 05**  
**Justizvollzugsanstalten**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
<b>428 11</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		32	32	27
	Zusammen		32	32	27
	Zugang/Abgang			-	-5
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11:</b>				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 29 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	Zusammen		36	36	36
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		4.963,37	5.116,37	5.167,62
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		158	158	158
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		261	260	260
	<b>Personalsoll A</b>		5.382,37	5.534,37	5.585,62
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	45	45
427 41	Praktikanten		2	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		32	32	27
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	<b>Personalsoll B</b>		115	116	111
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		5.497,37	5.650,37	5.696,62

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 +AZ Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	-15	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+32	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Pflegevorsteher, Oberinnen	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	-32	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	+62	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Oberpfleger, Oberschwester	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	+12	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Abteilungspfleger, Abteilungsschwester	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7+AZ
Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-62	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+54	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	-12	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+12	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Stationspfleger, Stationsschwester +AZ	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+9	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Krankenpfleger, Krankenschwester Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-9	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7+AZ
	-54	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-12	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6

**04 05  
Justizvollzugsanstalten**

<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr11
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+32	-	kostenwirksame Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-32	-	kostenwirksame Hebung nach EGr8
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
<b>Absenkung (Tarifvertrag)</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 8
Summe Absenkung (Tarifvertrag)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+152	+51,25	
<b>Personalsoll B (Personal aus Mitteln)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 427 41 (Praktikanten)</b>			
Praktikanten, Praktikantinnen	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+1	-	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-5	Einsparung zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe Einsparung	-	-5	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+1	-5	
<b>STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE</b>			
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))</b>			
A16+AZ-A13	-2	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A16+AZ-A3	+2	-	Umwandlung von BesGr A16+AZ-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+1	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+7	-	Umwandlung von BesGr A9+AZ-A6 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-1	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A9+AZ-A6	-7	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-	-	

**04**  
**Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**

**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht Einzelplan 04</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		14.579,66	<b>14.922,21</b>	<b>15.088,21</b>
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		474	<b>474</b>	<b>474</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.146,58	<b>3.128,58</b>	<b>3.127,58</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		18.200,24	<b>18.524,79</b>	<b>18.689,79</b>
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	<b>3.700</b>	<b>3.700</b>
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		80	<b>80</b>	<b>80</b>
427 41	Praktikanten		2	<b>3</b>	<b>3</b>
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		90	<b>117</b>	<b>104</b>
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		193,80	<b>176,80</b>	<b>176,80</b>
	<b>Personalsoll B</b> (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.065,80	<b>4.076,80</b>	<b>4.063,80</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		22.266,04	<b>22.601,59</b>	<b>22.753,59</b>
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,62	<b>0,88</b>	<b>0,88</b>
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		133,42	<b>122,28</b>	<b>122,28</b>



